



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 15.11.2010

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 20:45 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele

Herr Stadtrat Aßfalg

Herr Stadtrat Bode

Herr Stadtrat Braig

Herr Stadtrat Brenner

Herr Stadtrat Dr. Compter

Herr Stadtrat Deeng

Frau Stadträtin Drews

Herr Stadtrat Dullenkopf

Herr Stadtrat Funk

Herr Stadtrat Hagel

Frau Stadträtin Handtmann

Herr Stadtrat Heinkele

Herr Stadtrat Herzhauser

Frau Stadträtin Kapfer

Herr Stadtrat Keil

Frau Stadträtin Kübler

Herr Stadtrat Lemli

Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding

Herr Stadtrat Pfender

Herr Stadtrat Rieger

Herr Stadtrat Dr. Schmid

Frau Stadträtin Sonntag

Herr Stadtrat Späh

Herr Stadtrat Walter

Herr Stadtrat Weber

Herr Stadtrat Wiest

Herr Stadtrat Zügel

Bis TOP 3

entschuldigt:

Frau Stadträtin Goeth

Verwaltung:

Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen

Herr Beck, Forstamt

Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait

Herr Brugger, Bauverwaltungsamt

Herr Buchmann, Kulturamt

Frau Christ, Stadtplanungsamt

Herr Fessler, Rechnungsprüfungsamt

Herr Kopf, Hochbauamt

Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg

Herr Bürgermeister Kuhlmann

Frau Länge, Ordnungsamt

Frau Leonhardt, Kämmereiamt

Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg

Herr Merkle, Baubetriebsamt

Herr Morczinietz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport

Herr Rechmann, Tiefbauamt

Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer

Herr Simon, Hauptamt

Frau Stolz, Schriftführung

Herr Walz, Gebäudemanagement

Herr Erster Bürgermeister Wersch

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Wahl des Ersten Bürgermeisters wegen Ablaufs der Amtszeit	194/2010
2.	Bürgerfragestunde	
3.	1. Lesung des Haushaltsplanentwurfs 2011 der Stadt Biberach	
4.	Neubau eines Gemeinschaftshauses im Ortsteil Rißegg mit Kindergarten	184/2010 + 184/2010 - 1
5.	Neubau Räumliches Bildungszentrum Sporthalle Vorentwurfsvarianten und Kostenschätzung	193/2010 + 193/2010 - 1
6.	Änderung des Bebauungsplans "Bürgerturmstraße" im Vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB	187/2010
7.	Einziehung des Feldweges Flst. Nr. 1112 der Gemarkung Mettenberg	164/2010
8.	Teileinziehung der Gemeindeverbindungsstraße Flst. Nr. 2930/1	201/2010
9.	2. Änderung des Flächennutzungsplanes 2020, Billigung und Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB Antrag der Gemeinde Eberhardzell auf Aufnahme der gemischten Baufläche "Auenweg" und der Wohnbaufläche "Kappel in den Änderungsentwurf	192/2010
10.	Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Erweiterung Sportanlage Mettenberg" a) Bericht vom Ergebnis der vorgezogenen Bürgerbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange b) Billigung des Entwurfes	196/2010

Die Mitglieder wurden am 04.11.2010 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 11.11.2010 ortsüblich bekannt gegeben.

Dem Gemeinderat liegt die Drucksache Nr. 194/2010, die dieser Niederschrift als **Anlage** beige-fügt ist, zur Beschlussfassung vor.

OB Fettback führt aus, dass insgesamt fünf Bewerbungen auf die Stellenausschreibung eingegangen seien. Außer Herrn Wersch sei noch ein Kandidat vorstellbar gewesen, dieser habe jedoch abgesagt. Die geringe Anzahl an Bewerbungen sei kein Makel, da sich ernsthafte Bewerber im Voraus erkundigen würden, wie die Situation sich darstelle. Es handle sich um eine hochattraktive Stelle, auf die sich der Stelleninhaber wieder bewerbe. Auch wenn Herr Wersch bereits gut bekannt sei, sei es des Amtes würdig, ihm noch einmal Gelegenheit zur Vorstellung zu geben.

EBM Wersch räumt ein, dass er eine gewisse Anspannung verspüre, da es einen Unterschied mache, ob man für eine Sache spreche oder für sich selbst. Er freue sich jedoch, die Gründe für seine erneute Bewerbung darlegen zu können. Er betont, dass die Unterstützung durch die Familie bereits bei seiner ersten Wahl gegeben war, sich in den vergangenen acht Jahren nun noch gefestigt habe. Alle Familienmitglieder fühlten sich in Biberach wohl. Die Stabilität des Familienlebens sei das Fundament für sein berufliches Engagement. Dieses Kraftfeld sei nötig, da die inhaltlichen Anforderungen an das Amt gestiegen seien. Die erneute Kandidatur sei ein Anlass zur Zwischenbilanz, zur Bewertung und zum Ausblick. Gemeinsam habe man die Stadt in den vergangenen acht Jahren weitergebracht. Bei organisatorischen Veränderungen sei die Bereitschaft der Mitarbeiter, der Verwaltungsspitze und des Gemeinderats unverzichtbar. In seinem Bereich besonders zu verantworten habe er die Umstrukturierung des Liegenschaftsamtes, in dem mittlerweile ein junges Team gute Ergebnisse erarbeite. 2005 sei der Eigenbetrieb Stadtentwässerung gegründet worden. Damit sei gelungen, die Gebühren zu stabilisieren und den Grundstock für die Liquiditätsreserve der Stadt zu legen. Er erinnert an die Auflösung des Steueramtes und dessen Integration in die Kämmerei sowie die Schaffung des Amtes für Gebäudemanagement und des Amtes Bildung, Betreuung und Sport. Beim Gebäudemanagement lege man Wert auf die Erhaltung des Gebäudebestandes und Umsetzung von Energiesparmaßnahmen. Stolz sei man auf die Modernisierung der Wohnungswirtschaft, was durch die Herauslösung des Eigenbetriebes für Wohnungswirtschaft möglich geworden sei. Die Effizienz und Wirtschaftlichkeit sowie die Transparenz der Verwaltung sei wichtig, und er lege Wert auf exakte Analyse und strategische Qualität. Mit der Einführung der Doppik stehe eine weitere organisatorische Änderung bevor. Die Doppik biete neue Möglichkeiten und Bewertungen, die mit der Kameralistik nicht möglich seien. Ziel des Wirtschaftens sei, die Erosion des Vermögens zu verhindern.

EBM Wersch erinnert an weitere besondere Ereignisse und Erfolge seiner Amtszeit. Der gelungene Erwerb des gesamten Grundstücksbesitzes der Familie Zwerger habe für die Stadt strategische Bedeutung im Hinblick auf Flugplatz, Wohnungsbau und Krankenhaus. Wichtig sei die Einführung der besonderen Sprachförderung, die Erhöhung der Personalschlüssel und die inhaltliche Verbesserung der Arbeit in den Kindergärten, sowie die Erweiterung der Ganztagesangebote. Die Neuausrichtung der Finanzstrategie seit 2005 bilde die Basis für die Pensionsrücklagen. Dies habe sich in der Wirtschaftskrise bewährt. Der Verkauf der Dollinger Realschule sei die Initialzündung für die landesweit beachtete Schulentwicklung gewesen. Damit komme er zu einem aktuellem Schwerpunkt. 75 % der Investitionsausgaben in den nächsten Jahren gingen in den Bereich Bildung, Betreuung und Sport. Das enorme Finanzvolumen sowie die räumlichen Maßnahmen garantierten eine ganzheitliche Entwicklung, die in dieser Form einmalig sei.

Im Spektrum der Zukunftsausgaben gehe es für die Stadtverwaltung um mehr als nur die Finanzierung. Man fungiere als Dienstleister und sei verantwortlich für den Ausbau und die inhaltliche Ausrichtung. Man knüpfe das Band zwischen Verbänden und Behörden und der heimischen Wirtschaft. Hohe Steuerkraft und Ausbau der Arbeitsplätze seien nicht selbstverständlich. Die hervorragenden Kontakte zur Wirtschaft würden engagiert gepflegt. Auch das regelmäßige Unternehmertreffen trage zu diesem Netzwerk bei. Man bemühe sich auch um die Weiterentwicklung der Hochschule Biberach, nach Möglichkeit mit der Einrichtung eines Technologiezentrums. Dies solle junge Menschen ansprechen, hier zu studieren und innovative Unternehmen anzusiedeln. Für die Region seien dies zukunftsfähige Netzwerkstrukturen.

Die Darstellung zeige, wie interessant, ansprechend und bewegend die Arbeit des Ersten Bürgermeisters sei. Er habe den Wunsch, diese Arbeit fortzusetzen.

EBM Wersch geht anschließend auf die Tätigkeit als Hospitalverwalter ein. Er sei dankbar dafür, diese Aufgabe übertragen bekommen zu haben. Mit Leidenschaft arbeite er für die Stiftung. Die schwierige Phase zu Beginn habe man gut gemeistert. Man befinde sich auf einem hervorragendem Weg und es sei gelungen neue Angebote wie das Seniorenbüro und die Kinderkrippe zu schaffen. Sein Ziel sei, die Stiftung stabil auszurichten und die Vermögensverhältnisse zu sichern. Die erste echte Bilanz in einigen Jahren wolle er maßgeblich mitgestalten. Eine perspektivische Aufgabe der Hospitalstiftung liege im Bereich des altersgerechten Wohnens in der Stadt und in den Ortsteilen. Die Menschen wollten so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden selbstbestimmt leben. Ein Augenmerk müsse deshalb auf barrierefreies Wohnen gerichtet werden. Man stricke ein Netzwerk zwischen Hospital und Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft mit dem Ziel, Antworten für die Lebensbedingungen älterer Menschen zu finden. Der hohe Leistungsanspruch begründe finanzielle Ansprüche. Früher habe es den Ausspruch "Ein Drittel dem Spittel" gegeben. Tatsache sei, dass man potentiellen Stiftern deutlich machen müsse, dass man auf Unterstützung angewiesen sei. Auf diese Weise könne der Hospital auch in Zukunft ein verlässlicher Partner für die Stadt Biberach sein.

EBM Wersch fasst zusammen, dass er ein strategisch ausgerichteter Ideengeber und Konzeptentwickler sein wolle. Mit Gemeinderat und Verwaltung wolle er das Bestmögliche für Biberach erreichen. Solide Finanzen seien die Grundlage um aktiv gestalten zu können und nicht nur reagieren zu müssen. Darin sehe er eine Kernaufgabe. Der Erfolg hänge menschlich und fachlich mit allen zusammen. Deshalb danke er dem Gemeinderat, dem Oberbürgermeister sowie allen Mitarbeitern und hoffe auf eine gedeihliche Fortsetzung. Er wolle weitermachen und bitte dafür um die Unterstützung des Gemeinderates.

Es wird applaudiert.

OB Fettback gibt Gelegenheit, Fragen zu stellen.

StRin Kapfer erkundigt sich, wie der Erste Bürgermeister die Zukunft der Ortsverwaltungen einschätze.

EBM Wersch antwortet, dass er für weiter entfernte Ortsteile eine Ortsverwaltung bejahe, bei den stadtnahen Teilorten diese hinterfragt werden müsste.

Es folgt die Wahlhandlung.

Es werden Stimmzettel ausgeteilt und anschließend in einer Urne wieder eingesammelt. Die Auszählung erfolgt durch StR Wiest und StR Keil unter Aufsicht von Ortsvorsteher Aßfalg und Schriftführerin Stolz. Die Auszählung ergibt 21 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

OB Fettback verkündet das Ergebnis und gratuliert EBM Wersch zur Wiederwahl.

Es wird applaudiert.

OB Fettback stellt fest, dass sie beide in diesem Jahr wiedergewählt worden seien und sie beide Biberacher mit Migrationshintergrund seien. Man müsse, solle, dürfe und werde auch weiterhin miteinander schaffen. Er betone noch einmal, aber zum letzten Mal, dass seine Haltung zum Thema Dezernatsverteilung bekannt sei, die jedoch völlig unabhängig von der Person Wersch schon lange bestanden habe, bevor dieser nach Biberach gekommen sei. Gemeinsam werde man versuchen, die Stadt zukunftsfähig zu halten. Dabei dürfe es Reibung geben, da dies im positiven Sinne Wärme für die Sache erzeuge.

OB Fettback überreicht als Geschenk einen Füllfederhalter mit versenkbarer Spitze. Der Füllfederhalter solle auch symbolisch dafür stehen, dass damit gute Ideen zu Papier gebracht werden können. Man habe tolle Mitarbeiter und habe als Führungsaufgabe unter anderem, Ideen zu entwickeln. Ein Füllfederhalter solle auf der anderen Seite nicht dazu dienen, mit einem Federstrich alles wegzuwischen. Vielmehr solle man abwägen und dann entscheiden. Der Füllfederhalter solle im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit der Stadt möglichst schwarze Zahlen zuwege bringen. Nicht zuletzt sei ein Füllfederhalter ein Instrument der Kommunikation, entwickelt im 18. Jahrhundert. Er gelte als Vorläufer des modernen Büros. Man könne also auch dieses Mittel verwenden, um auf E-Mails zu antworten. In diesem Sinne freue er sich auf eine gedeihliche Zusammenarbeit zum Wohl der Stadt Biberach.

OB Fettback bekräftigt, dass die Familie ein Kraftfeld und eine "Tankstelle" sei, in der man Rückhalt finde. Er überreicht Frau Wersch einen Blumenstrauß. Anschließend bittet er Herrn EBM Wersch die Ernennungsurkunde und die Einweisungsverfügung zu unterzeichnen.

Im Auftrag des Gemeinderates trägt StR Wiest vor:

"Sehr geehrter Herr Wersch, der Gemeinderat gratuliert Ihnen zu Ihrer Wiederwahl zum Amt des Ersten Bürgermeisters unserer Stadt. Ich sage dies im Auftrag aller Fraktionen und beglückwünsche Sie recht herzlich zu Ihrer Wiederwahl mit diesem eindeutigen Wahlergebnis.

Damit verbinden wir auch den Dank für 8 Jahre innovativer und kompetenter Arbeit als 1. Bürgermeister, als Finanzdezernat und Hospitalverwalter. Sie haben uns sicher mit Umsicht und Stehvermögen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise geführt.

Zwar konnten Ihnen heute nicht bzw. noch nicht alle Ratsmitglieder ihre Stimme geben. Dass Sie aber gerade als Verantwortlicher der Finanzen, nicht immer und nicht überall, auch nicht im Gemeinderat, „Lieb Kind“ sein können, dies ist im Selbstverständnis eines Hüters der Finanzen begründet. Hierzu sind die Wünsche und Begehrlichkeiten zu verschiedenartig angelegt. Ich gehe auch davon aus, dass damit alle Irritationen beseitigt sind, die sich im Vorfeld ergeben haben.

Ihre rheinische Frohnatur haben wir in diesen 8 Jahren mitunter strapaziert. Und wenn im grauen Alltagsgeschäft entsprechende Wünsche, Anfragen oder Anträge Ihrer finanzpolitischen Linie,

Ihren Vorstellungen einer Haushaltskonsolidierung, zuwider liefen, dann haben wir dies auch meist mit knappen aber treffenden Antworten zu spüren bekommen.

Aber finanzpolitischen Kurs zu halten, auch in Zeiten oder gerade in Zeiten gefüllter Kassen, das erwarten wir letztlich alle vom Finanzdezernenten, wenngleich dabei jeder seine eigene Präferenzen hat. Gerade in den kommenden Wochen der HHBeratungen wird dies wieder deutlich werden und den Finanzdezernenten besonders fordern.

Lieber Herr Wersch, in die nächsten 8 Jahre begleiten Sie unsere guten Wünsche. Wir stehen vor großen Aufgaben und Herausforderungen. Dies werden wir gleich anschließend in der 1. Lesung zum HH 2011 zu hören bekommen. Dazu brauchen wir weiterhin einen Finanzdezernenten mit gutem Standvermögen, mit Weitsicht in seinen Entscheidungen und mit starken Nerven, gerade wenn der Rat in seiner allumfassenden Weisheit einmal anders entscheiden sollte.

Grüße und Glückwünsche gehen auch an Ihre Familie, Ihre Frau, die heute sicher mit Herzklopfen diese Wahl verfolgt hat. Liebe Frau Wersch, freuen Sie sich heute mit Ihrem Mann und seien Sie ihm weiter eine gute Stütze in der Familie."

EBM Wersch bedankt sich für das ausgesprochene Vertrauen. Er habe durchaus mit Gegenstimmen gerechnet und werte das Stimmenergebnis als gutes Ergebnis. Insbesondere danke er seinen engsten Mitarbeitern, die ihn geduldig ertrügen und jeden Tag besser machten. Bezugnehmend auf die Bemerkung des Oberbürgermeisters fügt er an, dass er sich von E-Mails nicht knechten lasse. Er bleibe seinem Grundprinzip treu, E-Mails wie normalen Posteingang zu behandeln. Seiner Meinung nach tue dies der guten Zusammenarbeit keinen Abbruch. Den Begriff "Einweisungsverfügung" kenne man eigentlich nur im Zusammenhang mit Obdachlosigkeit. Davor habe ihn der heutige Beschluss des Gemeinderates bewahrt.

TOP 2 Bürgerfragestunde

Ein Bürger meldet sich zu Wort und bedankt sich zunächst für den Ausbau der Radfahrwege in Biberach. Mittlerweile gebe es ein fast geschlossenes Netz im Stadtgebiet und die Verwaltungsspitze mit Oberbürgermeister Fettback sei hier ein Vorbild.

Als Anliegen bringt er vor, dass in der Waldseer Straße das Baugeschäft Betz ein Schandfleck sei. Er fragt, ob die Stadt hier aktiv tätig werden könne und das Gelände erwerben oder nutzen könne.

Als weiteres Anliegen nennt er den Bau des Jugendhauses, das seines Erachtens notwendig sei. Hier solle die Stadtverwaltung zügig mit der Planung beginnen.

OB Fettback bekräftigt die Notwendigkeit eines durchgängigen Radwegenetzes. Als Radfahrer sei er schneller in der Stadt unterwegs als mit dem Auto. Für das Jugendhaus existiere bereits ein inhaltlicher und räumlicher Vorschlag. Man wolle dieses Projekt im Rahmen der Frühjahrsklausurtagung auf den Weg bringen.

BM Kuhlmann antwortet zum Thema Grundstück Waldseer Straße, dass die Stadt hier keine Möglichkeit habe, Druck auszuüben.

TOP 3 1. Lesung des Haushaltsplanentwurfs 2011 der Stadt Biberach

OB Fettback betont, dass der Haushaltsplanentwurf nur scheinbar unspektakulär sei. Im Vergleich zu anderen Kommunen sei er sehr wohl spektakulär. Aufgrund der Wirtschaftskrise im vergangenen Jahr habe man die Notbremse gezogen. Nun habe sich die Lage positiv entspannt. In vielen Bereichen sehe man Licht am Horizont. Der Stadt Biberach gehe es insgesamt sehr gut. Man habe es immer geschafft, vernünftige Entscheidungen zu treffen. Man leiste sich keine goldenen Wasserhähne, habe aber trotzdem Großes vor. Man wolle keine Abstriche am Großprojekt Schulentwicklung machen. Wichtig sei auch, die Qualität des kulturellen Angebotes zu erhalten. Im Hinblick auf die demografische Entwicklung werde es zunehmend wichtiger, Menschen für Biberach zu gewinnen. Er lege Wert auf die Feststellung, dass die Dezernenten diesen Entwurf einstimmig vorlegen. Der Haushalt bestehe zu über 90 Prozent aus bereits gefassten Beschlüssen des Gemeinderates. Bezüglich des verbleibenden Anteils komme man trotz unterschiedlicher Bewertungen zu einem abgestimmten Zahlenwerk und Projektplan. Sorge bereite ihm, dass neben dem Großprojekt Bildungszentrum kleinere, scheinbar unwichtigere Dinge auf der Strecke bleiben könnten. Er stehe jedoch dazu, dass das Kulturbudget nicht erhöht werde, was gleichzeitig bedeute, dass eine andere Gewichtung stattfinden müsse. Dies sei ein Beitrag zur Konsolidierung des Haushaltes. Ebenso sei die Bereitstellung von Mitteln für das Jugendhaus und die Feuerwehr derzeit nur Willensbekundung. Wichtig sei, dass diese Dinge mittelfristig realisiert werden könnten und nicht langfristig verschoben würden. Neben den bekannten, tollen Projekten, für die man auch werbe, gebe es andere Projekte, deren Finanzierung noch nicht in trockenen Tüchern sei. Dies seien beispielsweise die Bestandssanierungen an Schulen, worin viel Arbeit stecke. Dies sei der Standort des Baubetriebsamtes oder das städtische Archiv, das spätestens 2015 Raumbedarf habe. Geplant sei eine Klausur im Frühjahr, bei der man auf der Basis von aktuellen Zahlen über die weiteren Planungen diskutieren wolle.

Der Haushalt berge auch Risiken. Ein Aspekt sei die unsichere Zukunft der Gewerbesteuer. Ein weiteres Risiko stelle die Entwicklung der Kreiskrankenhäuser dar. Die Frage sei, wie ein richtiges Gesundheitswesen aufgebaut sei. Je nach Standortvariante bestehe das finanzielle Risiko der Stadt Biberach in einer Erhöhung der Kreisumlage um 3 bis 4 Mio Euro. Finanzielle Risiken berge auch die Beteiligung an e.wa riss und Stadtwerken. Die e.wa riss werfe derzeit noch Gewinne ab, die Stadtwerke seien defizitär aufgrund der Parkhäuser. Dies habe man gewusst und man werde die Stadtwerke bei den noch anstehenden Sanierungen nicht im Regen stehen lassen. Bei der e.wa riss gebe es im Wesentlichen drei Gründe für die prognostizierte schwierige Haushaltslage. Zum einen investiere das Unternehmen in ihre Netze. Zum anderen habe der Aufsichtsrat den Neubau eines Gebäudes für die e.wa riss beschlossen, da das jetzige Gebäude abgewirtschaftet sei. Hierfür müsse man Rücklagen einstellen. Der dritte Risikofaktor sei die Investition in Glasfaser. Man habe nach gründlicher Abwägung entschieden, in dieses neue Geschäftsfeld einzusteigen. Das Risiko sei kalkulierbar und als kleines Versorgungsunternehmen müsse man sich bewegen, um für die Zukunft handlungsfähig zu bleiben.

Zum Stellenplan merkt OB Fettback an, dass dieser ganz konkret die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betreffe, die die Beschlüsse des Gremiums umsetzen. Er wolle pauschal allen danken, auf allen Ebenen und in allen Funktionen, die Teil dieser Stadtverwaltung seien. Sorge bereite ihm, dass in manchen öffentlichen Gremien noch nicht angekommen sei, dass der Fachkräftemangel in der Privatwirtschaft auch Auswirkungen auf die öffentliche Verwaltung habe. Als öffentlicher Auftraggeber müsse man aufpassen, dass man im Wettbewerb nicht untergehe. Als Verwaltung habe man nicht die Instrumente wie die Wirtschaft, Leistung zu honorieren. Um so wichtiger sei

die 70-Prozent-Stelle Personalentwicklung, die man im vergangenen Jahr bewilligt habe. Dabei werde es nicht bleiben. Gemeinsam müsse man Alleinstellungsmerkmale entwickeln.

EBM Wersch stellt die Finanzplanung 2011 – 2014 in groben Zügen vor. Die Präsentation ist dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegt.

Das Haushaltsvolumen umfasse ca. 107 Mio Euro. Damit befinde man sich in etwa auf dem Niveau des laufenden Jahres, jedoch niedriger als in den Jahren zuvor. Man habe den Einkommensteueranteil mit 11,1 Mio Euro angesetzt, die Grundsteuer A und B mit insgesamt 4,4 Mio und die Gewerbesteuer mit 55 Mio. Teilweise sei beantragt worden, den Einkommensteueranteil zu erhöhen, was möglich sei, nachdem die Novemberschätzung höher ausgefallen sei. Ein Plus von ca. 1,25 Mio sei denkbar. Folge man dem Antrag auf Senkung der Grundsteuer, sei diese Erhöhung auch sofort wieder weg. Persönlich halte er es nicht für sinnvoll, die Einnahmesituation der Stadt angesichts der enormen Investitionen unnötig zu schmälern. Hinzu komme, dass die Wirkung beim Einzelnen in keiner Relation steht zur Wirkung für die Stadt. Er weise auch darauf hin, dass jeder Euro Mehreinnahme automatisch zu höheren Umlagen führe.

Bei der Darstellung der Personalkosten werde die kluge Entscheidung deutlich, Rückstellungen für Pensionszahlungen zu bilden. Dies bedeute, dass man jährlich nur wenig nachschießen müsse. Das Schaubild zur Personalentwicklung zeige, in welchen Jahren Stellenauslagerungen stattgefunden hätten und neue Stellen gebildet worden seien. In die Betrachtung hinein gehörten auch die Personalkosten, die die Stadt an Dritte leiste, wie beispielsweise Jugend aktiv und andere. Er stimme dem Antrag zu, für den Themenkomplex Bildung, Betreuung, Jugend, Soziales eine Generaldiskussion zu führen.

Beim sächlichen Aufwand habe man erhebliche Betriebskosten. Man habe schwankende Ansätze, je nach Schwerpunkt. So habe man beispielsweise 2009 hohe Aufwendungen in Brandschutzmaßnahmen getätigt. In den noch folgenden Haushaltsberatungen seien über die Anträge aus den Fraktionen zu entscheiden. Dabei werde es nicht nur um die Finanzierung gehen, sondern auch um die personelle Belastbarkeit. Auch die Entwicklung der Betreuungskosten, die in den vergangenen fünf Jahren enorm gestiegen seien. Insgesamt ergebe sich im Verwaltungshaushalt ein Überschuss von 2,9 Mio Euro, der dem Vermögenshaushalt zugeführt werde.

Der Vermögenshaushalt habe ein Volumen von 27,5 Mio Euro. Aus der Darstellung sehe man die Bauausgaben, seit Gründung des Eigenbetriebes ohne Ausgaben für Abwasser. Man investiere gewaltige Summen in Maßnahmen für Kindergärten sowie Schul- und Sportmeile. Auf diese Zahlen könne man stolz sein.

In der Gesamtbilanz müsse er wieder betonen, dass das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben zu schwach sei. Die allgemeine Rücklage schwinde. Positiv sei, dass der Schuldenstand weiterhin Null betrage. Der Vollständigkeit halber müsse man jedoch berücksichtigen, dass die Eigenbetriebe Schulden in Höhe von insgesamt 32,8 Mio Euro hätten.

EBM Wersch erläutere die Finanzplanung für die Jahre 2012 bis 2014. Angesichts der geplanten Vorhaben müsse man hoffen, dass sich die Konjunktur stabilisiere. Insgesamt müsse man feststellen, dass man auch mit 60 Mio keine gigantischen Ergebnisse erziele und trotzdem ein Abschmelzen der Rücklage notwendig sei. Er schließt mit einem Zitat von Jean-Paul Getty, dass man Sparmaßnahmen ergreifen müsse, solange man viel Geld verdiene. In diesem Sinne wolle er fest-

halten, dass Biberach ein guter Lebensraum sei, und hervorragende Angebote bereithalte. Man müsse Augenmaß behalten und dürfe sich finanziell und personell nicht überfordern.

Es folgen die Haushaltsreden der Fraktionsvorsitzenden:

StR Dullenkopf:

"Verehrte Anwesende,

als wir vor ca. 3 Wochen den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2011 vor uns liegen hatten, war unser erster Eindruck, dass wir dieses Mal keine langen Beratungen brauchen würden, um zu einem Ergebnis zu kommen. Der erste Eindruck hatte getäuscht. Bei der Durcharbeitung der Einzelpläne im Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt, des Stellenplanes und der verschiedenen Anlagen ergaben sich eine Vielzahl von Nachfragen, Anregungen, Kritikpunkten, von denen wir aber anders als in den Vorjahren nur den kleineren Teil aufgelistet haben, sondern die meisten in die Ausschussberatungen einbringen und dort klären wollen. Sie sind heute nicht Gegenstand der so genannten 1. Lesung zum Haushalt. Ich möchte für die CDU-Fraktion einige wenige – für uns wesentliche - Aspekte herausgreifen, die zum Teil grundsätzlicher Natur sind und somit Entscheidungen nicht nur für das Jahr 2011 betreffen, sondern auch darüber hinaus ihre Wirkung entfalten sollen.

Jede Kommune hat eine individuelle finanzielle und personelle Leistungsfähigkeit. Wir in Biberach sind da auf beide Aspekte bezogen in einer bemerkenswert beneidenswerten Situation. Insbesondere die Gewerbesteuererinnahmen in den Jahren 2006 bis 2008 haben die Finanzsituation in Biberach so positiv beeinflusst, dass wir noch heute davon zehren. Rückstellungen konnten gebildet werden, die heute über 30 Millionen ausmachen und die Rücklagen werden auch Ende 2011 noch bei über 70 Millionen liegen. Trotzdem schieben wir Investitionen vor uns her, die gewaltig sind. Auf den ersten Blick ist das unverständlich.

Nun ist es aber so, dass wir wissen, dass wir schon seit Jahrzehnten eine finanzielle Abhängigkeit von einem einzigen Großunternehmen haben. Wir sagen dieses, ohne die Wichtigkeit anderer großer und kleinerer Unternehmen in unserer Stadt zu verkennen. Diese sind für weit über 20 000 Arbeitsplätze Garanten und ermöglichen erst unser gesellschaftliches Leben. Die vorher erwähnte Abhängigkeit hat uns aber dazu veranlasst, schon in der Vergangenheit verstärkt über Risikovor-sorge nachzudenken. Soweit wir dieses können, tun wir dieses und das ist mit ein Grund, warum wir nicht der Versuchung erliegen, nicht nur alles Denkbare sondern teilweise sogar Notwendiges zu schieben, zu strecken, in eine Reihenfolge zu bringen. Abgebildet ist dieses im Haushaltsplan jedes Jahr in der Anlage 21 für das laufende und für die kommenden 4 Jahre. Teilweise ist das dort Festgehaltene aber auch manches mal unverbindlich. Bisher nicht Vorhergesehenes wird dazwischen geschoben, schon Vorhergesehenes fällt weg. Bei kleineren Projekten mag das akzeptabel sein.

Und da sind wir beim 2. Grund, warum wir als wichtig eingestufte Investitionen trotz vorhandener Geldmittel nicht sofort angehen: Die Personaldecke, die selbstverständlich nur eine begrenzte Anzahl von Objekten gleichzeitig abwickeln kann. Der Druck ist selbstverständlich bei den verschiedenen Ämtern unterschiedlich stark. Häufig sind es immer die gleichen Ämter, die gerade bei den Objekten involviert sind, die im Focus der Öffentlichkeit stehen. Wenn dieses aber so ist, müssen wir uns – und das regen wir hiermit an – in einer Sondersitzung, besser in einer Klausurtagung, zusammensetzen und das machen, was wir zuletzt 1992 in Hemmenhofen gemacht haben: Wir müssen eine „Hitliste“ der Großinvestitionen erstellen. An diese Reihenfolge müssen wir uns dann bei der Abarbeitung halten. Damals haben wir uns – übrigens gegen die Vorstellung der

Verwaltung – dafür ausgesprochen, das Stadtteilhaus Gaisental an die erste Stelle der Großprojekte zu setzen. 2000 konnte es dann eingeweiht werden. Das war eine lange Zeit bis zur Verwirklichung. Es lag aber damals weniger an den begrenzten personellen Ressourcen, dass es so lange dauerte, sondern an den begrenzten finanziellen Mitteln. In einer solchen Prioritätenliste sind dann alle die Vorhaben aufzunehmen, von denen wir heute schon überzeugt sind, dass sie nun endlich kommen müssen: Baubetriebsamt, Birkendorf- Grundschule mit Lehrschwimmbecken, Feuerwehr, Jugendhaus (falls sich „die Jugend“ auf ein Haus einigen kann), Kletterhalle, Mettenberger Halle, Mittelberg-Grundschule, PG-Sanierung, Ringschnaiter Leichenhalle, Rißegger Kindergarten/Gemeindehaus, Roter Bau, WG-Sanierung.

Riesige Aufgaben, insbesondere wenn man sieht, dass als Daueraufgaben daneben noch zum Beispiel die Straßen, Kanäle, Kindergärten und sonstige Betreuungseinrichtungen berücksichtigt werden müssen. Wir müssen aber diese Entscheidungen treffen, damit die Leute, die sich dafür schon seit Jahren einsetzen auch wissen, in welcher Reihenfolge sie stehen. Welche „unendlichen Geschichten“ dahinter stecken sehen Sie, wenn Sie an den Roten Bau, das Lehrschwimmbecken in Birkendorf oder an die Sanierung der Mittelberg-Grundschule denken.

Zu jedem der vorher genannten Objekte könnte ich nun für die CDU-Fraktion Ausführungen machen. Ich greife aber das Jugendhaus heraus, weil das Thema seit ein paar Jahren durch die Stadt schwirrt, wir als Fraktion in einer öffentlichen Sitzung eines Ausschusses oder des Gemeinderates noch nie unsere Position dazu erklären konnten.

Dazu möchte ich für die Fraktion eines vorausschicken: Grundsätzlich sind wir weit mehrheitlich dafür, dass Biberach ein Jugendhaus erhalten soll. Unsere Meinung hierzu wurde nie erfragt, nämlich, wie so ein Haus belegt sein soll, wie der Betrieb organisiert sein soll, wie groß das Haus sein soll, was das Ganze am Ende kosten darf usw.. Da haben sich Leute vor den Karren gespannt, bei „den Jugendlichen“ Erwartungen erweckt und den Karren in eine Richtung gezogen, die möglicherweise in einer Sackgasse endet. Das ist nicht die Schuld der CDU-Fraktion.

Als vor mehreren Jahren im Jugendparlament die Diskussion darüber aufkam, ob wir in der Stadt genügend Freiräume für Kinder und junge Menschen allgemein hätten, haben wir diese Diskussion ausdrücklich befürwortet. Selbstverständlich halten wir es für eine gute Sache, wenn Jugendliche sich engagieren und ihre Vorstellungen in laufende Prozesse mit einbringen. In vorbildlicher Weise ist das in den letzten Jahren von Jugendlichen hier in der Stadt gemacht worden. Wir verkennen nicht die viele Arbeit, die hier hinein gesteckt worden ist. Bei der Diskussion zu den Freiräumen in Biberach waren wir uns übrigens sicher, dass beim Vergleich mit Städten ähnlicher Größe wir in Biberach sehr gut abschneiden würden. Das Haus in der Ehinger Straße, die Räume in der Viehmarktstraße und in der Breslaustraße, sowie der Jugendveranstaltungsraum von Lilienthal und dem M-Pire beim Stadtteilhaus Gaisental, um nur die wichtigsten zu nennen, suchen in vergleichbar großen Städten ihresgleichen. Als Zwischenergebnis stimmten wir der Unterstützung zum Ausbau des Abenteuerspielplatzes zu.

Als nächsten Schritt bot das Jugendparlament an, sich um ein Konzept für ein Jugendhaus zu bemühen. Wir nahmen dieses zur Kenntnis. Unsere Erwartung war, dass sich die Jugendlichen darum bemühen würden, einen Zusammenschluss vieler – nach Möglichkeit aller! – Jugendgruppen in einem Haus zu erreichen. Wir bekamen – eher am Rande – mit, dass diese Diskussion sehr wohl in der Stadt geführt wurde. Ein Ergebnis wurde uns nie mitgeteilt, es scheint auch wohl eher ein sehr Bescheidenes gewesen zu sein. Ein Konzept, das beschrieben hätte, wie die vorhandenen Aktivitäten gebündelt hätten werden können, welche Synergien sich ergeben könnten, wie aus

mehreren Standorten einer geworden wäre, wie der Betrieb hätte organisiert werden können, wie also in e i n e m Jugendhaus die Steuergelder hätten besser angelegt werden können, ist keinem städtischen Gremium vorgestellt worden.

Das vorgelegte Konzept war ein „brain-storming“ zur Frage, welche Einrichtungsgegenstände in einem Haus der Jugend vorhanden sein sollen.

Als nächster Schritt erfolgte die Information, dass sich einige junge Leute zusammengetan haben, um sich um die bauliche Frage eines Jugendhauses zu kümmern. Möglicherweise war zu diesem Zeitpunkt unser Fehler der, dass wir nicht Bedenken angemeldet haben, dass vor baulichen Überlegungen erst inhaltliche Fragen geklärt sein müssten. Wir wurden aber auch nicht darüber informiert, ob es inhaltliche Antworten bereits gab. Sicher ist, dass Erwachsene, die sich ab diesem Zeitpunkt an dem Prozess beteiligten, möglicherweise außer dem Oberbürgermeister auch Mitarbeiter aus der Verwaltung, hätten wissen müssen, dass vor solchen Arbeiten eine Diskussion dazu im Gemeinderat erforderlich gewesen wäre und ein Beschluss hätte gefasst werden müssen, der besagt hätte, dass und unter welchen Voraussetzungen überhaupt der Bau eines Jugendhauses in den nächsten Jahren in Biberach erfolgen könne. Vermutlich meinten hier einige, vollendete Tatsachen in Form von schönen Plänen würden die Gemeinderäte unter Druck setzen, ein Jugendhaus in die Prioritätenliste der größeren Bauobjekte der Stadt zu nehmen nach dem Motto: Jetzt kann man die Jugendlichen doch nicht hängen lassen, nachdem sie sich so viel Arbeit gemacht haben.

Da die CDU-Fraktion – wie eingangs erwähnt – mehrheitlich grundsätzlich ein Jugendhaus befürwortet, habe ich deshalb für die Fraktion vor ca. 1 Monat angeregt, ganz früh im nächsten Jahr in einer Sondersitzung das Thema Jugendhaus zu diskutieren.

Zum Schluss noch ein Rückblick auf die Haushaltsrede des letzten Jahres. Für den Haushaltsplan 2010 haben wir – genau so wie die FDP-Fraktion – eine Diskussion zur Frage der Grundsteuererhöhung geführt, eine Anhebung abgelehnt und in der Abstimmung eine Niederlage hinnehmen müssen. Unser Tenor damals war: Wir wollen keine Erhöhung der Grundsteuer auf die Prognose einer Finanzschwächung für das Jahr 2010 hin. Wir erklärten, wir wollten uns bei der Erhöhung in so einem zeitlichen Ablauf bewegen, wie dieses bei der Senkung für das Jahr 2008 der Fall war. Also: Nicht in „vorausgehendem Gehorsam“ reagieren, sondern dann, wenn die deutliche Verschlechterung eingetreten ist. Dieses ist nun durch eine Gewerbesteuernachzahlung aus Gewinnen der Vorjahre für das Jahr 2010 nicht eingetreten. Somit ist es ein Akt der Gerechtigkeit, die Erhöhung wieder zurück zu nehmen. Wir stellen deshalb den Antrag, die Grundsteuer wieder auf den Stand des Jahres 2009 zurück zu führen.

Wenn wir also für das Jahr 2011 gegenüber dem Entwurf des Haushaltsplans allein bei diesem Punkt ca. 1,5 Millionen Einnahmen mehr vorsehen, wahrscheinlich in der heutigen Sitzung gegenüber dem Verwaltungsvorschlag vermutlich ca. ½ Million mehr für den Neubau der Turnhalle bei der Realschule genehmigen werden, für die Planung der Turnhallensanierung in Mettenberg 50 000 Euro zusätzlich bereitstellen wollen, für Straßensanierungen mehrere 100 000 Euro mehr beantragen, die Vorziehung des Spielplatzbaus in Stafflangen fordern, kann man uns vorwerfen, wir würden nicht sehen, dass die guten Gewerbesteuererinnahmen in 2010 ja auf außerplanmäßige Nachzahlungen zurückzuführen seien. Dieses ist nicht der Fall. Für das Jahr 2010 haben die großen Betriebe in Biberach die Gewinnerwartungen deutlich heruntergefahren und dementsprechend ihre Gewerbesteuern entsprechend angesetzt. Nicht nur im übrigen Deutschland sondern auch bei uns sind die negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise deutlich geringer ausge-

fallen als befürchtet. Dieses wird dazu führen, dass im Jahr 2011 die Gewerbesteuernachzahlungen für das Jahr 2010 deutlich sein werden. Wir müssen keine besonders gute Propheten sein, wenn wir voraussagen, dass die Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2011 die von der Verwaltung prognostizierten 60 Millionen überschreiten werden. Auch ohne weitere Entnahmen aus den Rücklagen werden diese zusätzlichen Ausgaben möglich sein.

Das wird uns aber nicht daran hindern, in den anstehenden Beratungen insbesondere den Verwaltungshaushalt und den Stellenplan genau zu durchforsten. Dieses ist eine Daueraufgabe des Gemeinderates.

Wie in den Vorjahren auch, werden wir als CDU-Fraktion versuchen, in den Ausschussberatungen konstruktiv, fair und nur am Wohl der Stadt orientiert zu guten Ergebnissen zu kommen. Die Voraussetzungen dafür sind sehr gut. Die Verwaltung hat uns wie gewohnt perfekte Unterlagen hierzu geliefert. Dafür bedanken wir uns bei allen, die daran beteiligt waren. Unser besonderer Dank gilt vor allem Frau Leonhardt, Herrn Wersch und ihren Mitarbeitern."

StRin Kübler:

"Sehr geehrte Damen und Herren,
Glückliches Biberach!

Die Finanzkrise ist ohne nennenswerte Schrammen an der Stadt vorüber gegangen.

Dem Gemeinderat ist es Gott sei Dank erspart geblieben, über Schließungen von Einrichtungen oder Gebührenerhöhungen nachzudenken. Auch wurde kein Gedanke über die Anhebung von Hebesätzen für Grund- oder Gewerbesteuer verschwendet. Das Ergebnis der Gewerbesteuer verbessert sich um mehr als 12 Mio €. Von prognostizierten 35 Mio auf heute 47 Mio €! Nur ein kleiner Nebensatz am Rande: Die SPD-Fraktion kann sich nicht daran entsinnen, dass jemals die tiefgestapelte Kalkulation des Finanzdezernats eingetroffen ist.

Sicherlich sind wir weit entfernt von der vor 4 Jahren erreichten astronomischen Zahl von 90 Mio €. Und doch kommt Biberach weiterhin ohne eine Kreditaufnahme aus! Unser Fazit: Ein akzeptables Ergebnis, eine hervorragende Ausgangslage und eine solide Basis für den HH 2011 um Entwicklungsschwerpunkte aufzeigen zu können. Schon allein auch aufgrund der Aussagen von Experten, dass der Wirtschaftsaufschwung sich so recht erst 2012 auf die kommunale Kassen auswirkt. Und genau hier liegt das Problem der SPD-Fraktion! Ein ‚völlig unproblematischer Haushalt‘ hören wir von vielen Seiten. Für uns ist er problematisch! Einmal wegen vereinzelter fehlerhafter Aussagen im Vorbericht, die wir so nicht unkommentiert belassen wollen und zum anderen wegen einer fehlenden richtungsweisenden Entwicklung der Stadt. Auf der Seite 016 wird z.B. das Szenario aufgestellt, dass der Bund die Gewerbesteuer abschaffen will. Richtig ist, dass trotz der großartigen Versprechen der Bundeskanzlerin noch im Mai 2009, - nicht an der Gewerbesteuer zu rühren -, die neue Bundesregierung bereits im Herbst 2009 die Aufnahme eines Prüfauftrages zur Abschaffung der Gewerbesteuer in ihrem Koalitionsvereinbarung verankert hat. Doch wenn man aktuell Herrn Schäuble richtig interpretiert, besteht aber derzeit, trotz Thematisierung, keine Gefahr!

Für die Stabilisierung dieser bedeutenden Einnahmequelle der Kommunen wäre allerdings die Ausweitung der Bemessungsgrundlage und die Einbeziehung von Freiberuflern und Selbständigen ein wichtiger Beitrag, den man ernsthaft angehen müsste. Doch wo hier die Bremser sitzen, kann man sich denken.

Auf S. 035 wird von künftigen höheren Abwassergebühren für städt. Gebäude gesprochen. Grund ist die geänderte Rechtsprechung, Schmutz- und Regenwasser zu splitten. Wir fragen uns aber, wo sind die vielen großen Flächen bei den städt. Gebäuden, die zu einer massiven Erhöhung führen würden?

Und die S. 038 enthält die Aussage: „Die Erhöhungen im Kulturbudget schlagen sich hier ebenfalls nieder“. Veränderungen im Kulturbudget wurden zwar diskutiert, aber es ist weder eine Erhöhung seitens des Kulturdezernats beantragt und, sicher zum Leidwesen mancher Kultureinrichtung, auch keine Anhebung beschlossen worden. Die Aussagen zu e.wa.riss hat Herr Fettback bereits kritisch beäugt. Wir schließen uns seinen Aussagen an.

Unser zweites größeres Problem liegt darin, dass dieser Haushalt zwar keine Risikopotentiale enthält, er ist stark auf Konsolidierung bedacht, doch vermissen wir richtungsweisende Entwicklungspotentiale! Und dies sind für eine zukunftsorientierte Stadt Themen, wie Jugendhaus, ein ganz wichtiges Zeichen für unsere Jugend und ein richtungsweisendes Projekt für die Stadt, Integration, um der Bedeutung der Aufgabe gerecht zu werden, Stadtpass, für die Förderung der Beteiligungskultur, Familien, ein Beispiel für uns ist der bezahlbare Wohnraum. Wir sehen dies als eine immer dringendere Aufgabe der Kommune im Sinne der Daseinsvorsorge, nachdem unsere Gesellschaft mehr und mehr nur noch gewinnorientiert handelt.

Ein Ziel der Verwaltung ist der „Erhalt der zukunftsfähigen Handlungsfähigkeit“. Sie beziehen sich, Herr Wersch, bei diesem Satz auf die strategische Bedeutung im Bereich Bildung und Betreuung.

Gerne folgen wir Ihnen hierbei. Doch ehrlichkeitshalber muss auch erwähnt werden, dass sich die Landesregierung hier gewaltig aus der Pflicht nimmt. Die stetige Verlagerung von Aufgaben des Landes auf die Kommune, bzw. die Verweigerung einer fairen Lastenteilung belasten den städt. Verwaltungshaushalt zunehmend. Wir bekommen immer einen ganz dicken Hals, wenn mit erhobenem Zeigefinger auf die schwindende Ertragskraft des VerwaltungsHH. hingewiesen wird. Doch solange es niemand einfordert, dass derjenige, der die Musik bestellt, sie auch bezahlt, werden z.B. die Kommunen diejenigen sein, die im Ganztageschulbetrieb bei der Aufsicht des Mittagessens in die finanzielle Pflicht genommen werden, nur weil die Ganztageschule immer noch nicht als eine mögliche Schulform im Schulgesetz verankert ist. Oder es wird weiterhin für die Kommunen ein finanzieller Kraftakt bedeuten, um der Erfüllung des Rechtsanspruchs gerecht zu werden, dass ab 2013 35% für unter 3-jährige Kinder ein Betreuungsangebot sichergestellt ist. Hier sind zum Großteil die Ursachen für die explodierenden Personalkosten zu suchen. Der ‚Erhalt der Handlungsfähigkeit‘ darf nicht bedeuten, eine innovationsbewusste Stadt ausbremsen zu wollen. Wir denken, hierfür wurde in guten Zeiten vorgesorgt.

Nun zu unseren Anträgen, die wir, wie jedes Jahr, in einer Wochenendklausur erarbeitet haben. Unser Ziel dabei war, den etwas profillosen HHPlanEntwurf in die Richtung zu bestücken, um der Stadt ein zukunftsorientiertes Gesicht zu geben.

So beantragen wir zum zweiten Mal in Folge das kommunale Mitteilungsblatt für die Gesamtstadt Biberach. Mit Stuttgart 21 sehen wir uns noch mehr bestätigt, dieses zu fordern. Transparenz für die Bürger: Diesen Anspruch setzen wir in das Mitteilungsblatt. Vielen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt ist zu entnehmen, dass manche Beschlüsse des GR entweder nicht ankommen oder einfach nicht nachvollziehbar sind.

Thema Schulsozialarbeit

Mit unserem Antrag auf eine 75%ige Zuschusserhöhung für die Schulsozialarbeit an den drei Grundschulen Braith, Mittelberg und Gaisental, wollen wir erreichen, dass erstens auch die Birkendorf-GS miteinbezogen wird und zweitens soll damit eine Aufstockung von derzeit unbefriedigenden 25% auf 50 % pro GS erfolgen, um eine qualitätsvolle präventive Arbeit leisten zu können. Schulsozialarbeit muss einen höheren Anspruch haben, wie nur als „Feuerwehr“ zu agieren. Dafür sind uns die Gelder ehrlich gesagt zu schade.

Thema Mensaessen

Um beim Thema Schulen zu bleiben, befasst sich ein weiterer Antrag mit der Bezuschussung des Mensaessens. Es ist eigentlich traurig, doch unsere langjährige Forderung nach einem Essensangebot für 2,50 € ist immer noch nicht umgesetzt. Wir wissen um die Überlegungen der Bundesregierung, es sind halt leider nur Überlegungen! Nachdem sich auch die Entwicklung eines Stadt- oder Familienpasses noch hinauszögert, und wir den Anspruch verfolgen, jedem Kind die Teilhabe an diesem Angebot zu ermöglichen, fordern wir, dass zum bestehenden Angebot ein weiteres vollwertiges Essen um 2,50 € angeboten wird, das seitens der Stadt subventioniert wird. Das Lehrschwimmbecken in Birkendorf ist erheblich sanierungsbedürftig. Unser Antrag lautet, das Lehrschwimmbecken nicht zu sanieren, sondern neu zu bauen! Und das als Erweiterungsbau beim bestehenden Hallenbad. Ein Konzept mit all den erforderlichen Daten soll uns noch 2011 vorgelegt werden.

Thema Jugendhaus

Die Wichtigkeit eines Jugendhauses habe ich bereits erläutert. Um auch hierfür ein Zeichen zu setzen, lautet ein Antrag auf Einstellung einer Planungsrate sowie die Aufnahme in die mittelfristige Finanzplanung. Das Jugendhaus soll 2012 realisiert werden. Die Anmerkung der CDU-Fraktion möchte ich hier unkommentiert lassen.

Auch den bezahlbaren Wohnraum habe ich anfangs bereits erwähnt. Hier beantragen wir auch zum wiederholten Male, zumindest ein Mietwohnungshaus seitens der Stadt zu bauen für Menschen mit wenig Einkommen. Um aufgrund handfester Zahlen planen zu können, wird gleichzeitig eine Bedarfsermittlung in Auftrag gegeben. Dafür müssen Mittel in den Haushalt eingestellt werden.

Thema Touristinformation

Die Stadtverwaltung ist ein Dienstleistungsbetrieb. Die Kundenzufriedenheit genießt eine hohe Priorität. Klagen bzgl. Öffnungszeiten im Kartenservice und der Touristinformation sind immer öfter zu hören. Mit der Fertigstellung des neuen Rathausfoyers, der eine Unterbringung durchaus möglich macht, fordern wir mit einem weiteren Antrag den Umzug dieser beiden Einrichtungen ins Rathaus. Erste Anlaufstelle für Touristen ist das Rathaus und dieses Haus ist auch ganztägig geöffnet.

Thema Öffnungszeiten Stadtbücherei

Auf die Notwendigkeit der Erweiterung der Öffnungszeiten von 10.00 auf 9.00 Uhr während der Markttag in der Stadtbücherei wurden wir mehrmals hingewiesen. Wir haben diesen Tipp gerne aufgenommen, weil auch wir dies für durchaus sinnvoll halten. Was wir schon lange im Blickfeld haben, sind die Anschlag- bzw. Informationstafeln in der Bürgerturmstraße. Sie passen in ihrer Ausführung einfach nicht mehr in die heutige Zeit. Ein Antrag von uns befasst sich mit der Forderung nach einem modernen attraktiven Lösungsvorschlag, vor allem aber auch an einem anderen Standort. Der Platz würde damit eine Aufwertung erfahren und den Einzelhändlern wird die Möglichkeit einer vorteilhafteren Präsentation gegeben.

Thema Straßenbau

Der Aussage im HHPlan, dass die Erneuerung von Straßen 2010 und 2011 wegen der finanziellen Leistungsfähigkeit ausgesetzt werden, müssen wir insofern widersprechen, wenn es um die Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit geht. Hier sind wir der Meinung, dass in diesen Fällen sofort reagiert werden muss. Sofortigen Handlungsbedarf sieht die SPD-Fraktion in den Bereichen der Hauff-, Hölderlin- und Keppelerstraße. Hierfür muss eine Dotierung im Haushalt 2011 erfolgen.

Thema Gebäudekataster

Um bei den Baumaßnahmen zu bleiben, so stellen wir ein massives Defizit bei der Aufstellung von dringenden energetischen Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Grundschulen, Sporthallen und Kindergärten fest. Begründet wird dies vom Finanzdezernat mit dem alles überlagernden Großprojekt Neubau Realschule einschließlich Bildungszentrum und Sporthalle, welches sehr hohe finanzielle und personelle Ressourcen bindet. Auch wenn uns dieses Projekt sehr am Herzen liegt, Bildung uns sehr viel wert ist und wir überzeugt sind vom neuen Bildungszentrum, so sind Mehrkosten von über 20 Mio. € doch nicht ganz so kommentarlos hinzunehmen. Geplant war das ganze Projekt ursprünglich für 23 Mio €, heute sind wir bereits bei über 40 Mio €. Vor allem, wenn sich darin noch nicht einmal alle Wünsche widerspiegeln, die einen optimalen Ablauf garantieren. Ein Beispiel ist die Sporthalle, die wir gleich als nächsten TOP behandeln. Selbst vom CDU-Fraktionssprecher Herrn Kauder war heute die Aussage zu lesen, ich zitiere: 'Die Einsicht ist, dass sich eines aber ändern muss und zwar schnell: Die Kosten, die am Anfang eines Projektes veranschlagt werden, müssen strikter eingehalten werden.' Zitat Ende. Auch darf es nicht sein, dass dadurch alles andere lahm gelegt wird. Es müssen dann Mittel und Wege gefunden werden, wie Fremdvergabe und Rücklagenentnahme, um dringend sanierungsbedürftige Objekte, wie z.B. die Mittelbergschule-GS, bei der die Fenster sich aus den Rahmen lösen, anzugehen.

Dazu kommt, dass es aus jeder Fraktion weitere sogenannte „Lieblingsprojekte“ gibt, wie z.B. ein Gemeindezentrum in Rissegg. Nicht dass Sie mich hier falsch verstehen, wir nehmen uns dabei nicht aus. Der Rote Bau z.B. findet nur in der mittelfristigen Finanzplanung als Gesamtbedarf von 4 Mio. € eine kurze Erwähnung im Zusammenhang mit dem aus allen Nähten platzenden Stadtarchiv. Dass jegliche Nutzung nicht wirtschaftlich darstellbar ist, ist natürlich darauf zurückzuführen, dass jahrelang kein Cent in das Gebäude investiert wurde und das holt uns heute wieder ein. Ob Abriss die einzige Alternative ist, bezweifeln wir sehr.

Am Sonntag wurde das kirchliche Gemeindezentrum St. Martin eingeweiht.

Ein Stadthaus gibt es in der Innenstadt nicht. Ich bin mir sicher, die Räumlichkeiten wären schnell gefüllt. Die SPD-Fraktion drängt schon jahrelang auf ein Nutzungskonzept, weil wir das Haus vor dem immer weiter fortschreitenden Verfall retten wollten. Eine Entscheidung darf nicht mehr weiter hinausgezögert werden. Die ganze Thematik Sanierungsstau wird nicht einfacher, wenn es nur geschoben wird. Eine definitive Entscheidungsgrundlage ist ein Gebäudekataster! Damit hat ein Gemeinderat ein Instrument in der Hand, um sachgerecht über Art und Zeitpunkt der Sanierung Beschlüsse fassen zu können. Dieses Gebäudekataster muss 2011 unbedingt kommen. Wir sagen Ja zum Antrag der CDU-Fraktion, hierfür eine Klausur einzuberufen. Zuvor hätten wir gerne dieses Kataster in der Hand. Hiervon ausgeschlossen sind sicherheitsrelevante Maßnahmen, wie z.B. Prallwände, wie sie in der Birkendorf- und Mittelberg-TH fehlen, die dringend nachgerüstet werden müssen, was der Verwaltung auch als Antrag vorliegt.

Thema Umweltschutz

Mit unserem Antrag auf Erhöhung des Förderprogramms Umweltschutz auf 200.000 € erinnern wir nur damit an unsere letztjährige Aussage. Mit einer Kürzung in 2010 waren wir aufgrund der finanziellen Turbulenzen einverstanden. Die finanzielle Entwicklung haben wir zum Kriterium für die Wiederaufstockung gemacht. Die Förderung privater Maßnahmen im Umweltschutz, wie z.B. die Wärmedämmung oder modellhafte Energieprojekte sollten ein starkes Anliegen der Stadt sein.

Thema Finanzierung Verkabelung

Auch wurde die Finanzierungsfrage der Verkabelung und der Lautsprecheranlage in der neuen Realschule von Seiten der Verwaltung auf die HHPlanberatungen verschoben. Nachdem im HHPlan nichts abgebildet ist, steht hierfür unser Antrag. Die SPD-Fraktion ist nach wie vor der Meinung, dass diese Maßnahme nicht aus dem Schulbudget finanziert werden soll.

Thema Integration

Mit Frau Eisele als Integrationsbeauftragte wurde in Biberach ein wichtiger weiterer Schritt zur Verfestigung und Verstetigung des aktuellen Themas Integration geleistet. Dass diese Stelle auch aus Unternehmerkreisen mitfinanziert wird, macht die Notwendigkeit deutlich. Uns fehlt allerdings ein HHTitel im HHPlan 2011. Diese Stelle muss auch in ihrer Bedeutung und Handlungsfähigkeit gerecht abgebildet werden.

Zum Thema Hebesätze: Die SPD-Fraktion wird einer Senkung nicht zustimmen.

Noch eine Anmerkung zum Stellenplan:

Der Stellenplan sieht hauptsächlich im Betreuungsbereich einige neue Stellen vor. Wir vermissen jedoch eine weitere wichtige Stelle: den Organisationsentwickler.

Im Vorbericht noch erwähnt, fehlt er im Stellenplan. Warum? Wir halten diese hauseigene Kompetenz für unerlässlich. Eine so heterogene Organisation wie unsere Verwaltung muss sich stets weiterentwickeln und anpassen. Die Führung und wir müssen wissen, wie wir modern und effektiv bleiben. Die Aufgaben ändern sich, die Menschen, die Ansprüche, das Recht. Was heute gut und effizient erfüllt wird, muss morgen wieder auf den Prüfstand. Und das ist eine Daueraufgabe und das geht nur mit eigener Kompetenz. Wir erwarten, dass diese Stelle im Stellenplan 2012 eingerichtet wird und tragen angesichts weiterer Prioritäten den Verzicht für 2011 nur zähneknirschend mit.

Ein Absatz in der Schlussbetrachtung des HHPlanes widmet sich dem mit großem Risiko behafteten und sensiblen Thema, nämlich die Entscheidung zur Zukunft der Kreiskliniken. Ein Entscheidungsfindungsprozess, dem unser ganzes Interesse gilt, denn die SPD-Fraktion begrüßt, dass in die Diskussion um die Sicherstellung des Versorgungsauftrages für unsere Menschen im Kreis Bewegung gekommen ist – und endlich auch, was wir schon lange fordern, die Bevölkerung mit einbezogen wird. Die Standortfrage kann aber nur der Anfang einer Entwicklung zu einer optimalen Gesundheitsversorgung im Kreis sein. Die SPD-Fraktion spricht sich für einen Neubau des Hauses Biberach als zentraler, moderner Versorgungsstandort aus. Wir wollen aber auch, dass die Häuser in Laupheim, Riedlingen und Ochsenhausen dahingehend entwickelt werden, dass für alle eine Grundversorgung gewährleistet ist. Dabei spielt zwar der Kostenfaktor eine wichtige Rolle, die Versorgungsqualität steht aber an erster Stelle.

Ich komme mit meinen Ausführungen nun zum Ende.

Unser besonderer Dank gilt allen Beteiligten, die für die Aufstellung des HHPlanes verantwortlich zeichnen und schließe mit einem Zitat aus Wielands Abderiten in der Hoffnung, dass das Ergebnis unserer Beratungen in den Ausschüssen ein anderes ist als bei den Abderiten.

„Wenn sie in den Angelegenheiten ihres gemeinen Wesens recht lange und ernstlich Beratschlagungen hielten, so konnte man sicher darauf rechnen, dass sie unter allen möglichen Entschlüssen die schlechteste ergreifen würden.“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!"

StR Zügel:

" Selten wurde der HH der Stadt BC von einem einzigen Grossprojekt finanziell in diesem Umfang dominiert. Der Bau des RBZ drückt finanziell gesehen alle anderen notwendigen oder wünschenswerten Massnahmen an die Wand. Er engt den finanziellen Gestaltungsspielraum für den GR und die Verwaltung in hohem Masse ein. Er wird um 14 Mio Euro teurer als geplant, das ist eine Kostensteigerung, die dem Wert von 4 Jugendhäusern entsprechen dürfte.

Wenn der alte und neue Finanzdezernent auf der Seite 76 des HH davon spricht, dass 60 Mio Gewerbesteueraufkommen nicht ausreichen, die ambitionierten Ziele in BC dauerhaft zu finanzieren, können wir nur hoffen, dass diese Warnung beim GR und in der Verwaltung gehört wird. Dabei spielt Biberach relativ betrachtet sowohl bei den Gewerbesteuereinnahmen als auch bei den Investitionen in der kommunalen Bundesliga. (Gewerbesteueraufkommen 2010 in RV: 34 Mio in Ul: 65 Mio Weingarten 7,5 Mio) Das hört sich erfreulich an. Das Problem ist nur, dass BC im VerwaltungsHH mehr ausgibt als es einnimmt. In nur 5 Jahren wird die allgemeine Rücklage, die am Jahresende 2009 noch bei 100 Mio lag, am Ende des Planungszeitraums 2014 auf 30 Mio abgeschmolzen werden sein. Dem stehen die 30 Mio Schulden des EB Stadtentwässerung gegenüber, so dass der Saldo de facto Null ist. Auch wenn dafür massgeblich ein schulisches Grossprojekt finanziert wurde, ist es ein enormer wenn auch bewusster Werteverzehr.

Nur am Rande: Die Rückstellungen für Pensionslasten sind keine Rücklagen und zählen deshalb nicht, weil diese für Personalkosten benötigt werden.

Mit der Einführung der doppelten Buchführung für die Kommunen wird der echte Werteverzehr noch viel deutlicher zu sehen sein als bisher. Die Neubauprojekte führen zu hohen Abschreibungen, die nicht die Liquidität der Stadt aber das operative Ergebnis des VerwHH noch negativer erscheinen lassen werden, als es bereits der Fall ist.

Neben dem Bau eines RBZ und der damit einher gehenden Neugestaltung der Sportmeile sind aus Sicht der FW die Sanierung des BauBetriebsAmtes und der Neubau der Feuerwehr unverzichtbare Infrastrukturprojekte. Das Aussetzen der Strassensanierungen mag für ein paar Jahre gut gehen. Auf Dauer sind aber Schlaglochpisten in den Wohngebieten für den Bürger nicht wirklich reizvoll. Ausserdem werden die Unterhaltungsaufwendungen für Strassen noch höher.

Finanzielle Risiken sehen wir in der Erhöhung der Kreisumlage wegen der anstehenden KKH-Entscheidung, in der Sanierung der Museums-TG, die durch die Stadtwerke bezahlt werden muss. Deutlich geringere Risiken als im HH beschrieben sehen wir in dem Geschäftsfeld der Ewa Netze. Langfristig ist es für die ewa KG unumgänglich, sich neben den bisherigen klassischen Geschäftsbereichen neue Umsatzfelder zu suchen. Die Regulierungsbehörde wird die Margen in den Bereichen Strom, Gas + Durchleitungsgebühren weiter senken, so dass eine Kompensation durch neue Einnahmequellen erfolgen muss. Die Investition in die Glasfaserverlegung wird sich rechnen. Die

Erträge der ewa-Netze fließen in die ewa KG. Die Ausschüttung der ewa KG kommt bekannterweise anteilig den Stadtwerken zugute.

Man erkennt der städt. HH kommt von vielen Seiten unter Druck. Es ging bisher gut, da die Gewerbesteuer von sehr wenigen Firmen gezahlt wurde. Sollte das Gewerbesteueraufkommen dauerhaft unter 60 Mio brutto sinken, wird die Stadt BC ab 2014 Liquiditätssorgen bekommen. Wäre die Stadt BC eine GmbH, müsste in einem Risikobericht diese Gefahr beschrieben werden.

Der GR muss aber weiter gestalten können. Und unsere Fraktion will gestalten.

Dazu gehört, unnötige Projekte aufzugeben, um Spielraum zu bewahren. Die Sanierung der Pflugschule kann getrost aus dem HH gestrichen werden, wenn der Gesetzgeber zukünftig kleinere Förderschulen will und diese Schule in das RBZ umziehen wird. Der Aufstieg der NWU zur B30 mag für Herlishöfen sinnvoll sein. Für BC werden durch diese Strasse einfach zu geringe Verkehrsbelastungen erzielt. Jetzt ist es noch Zeit sich aus dem Projekt zu verabschieden.

Zur politischen Arbeit gehören auch Entscheidungen. Das Thema Jugend-Haus soll im Januar 2011 nach den HH Beratungen entschieden werden. Nach dem gegenwärtigen Finanzstand ist dieses Haus sowohl in der Investition als auch in den Folgekosten selbst für eine Stadt wie BC nicht finanzierbar.

Wenn man den Jugendlichen aber nicht die Vision eines Jugend-Hauses rauben will, muss man einen realistischen Finanzierungsweg suchen. Dieser kann, Stand heute, nur darin bestehen, dass alle Freiwilligkeitsleistungen um einen bestimmten Betrag gekürzt werden, um die Folgekosten des Jugend-Hauses dauerhaft zu finanzieren und alle Investitionen um einen Betragsanteil verringert werden, um den Bau des Jugend-Hauses zu ermöglichen. Beitragen dazu kann auch der Verkauf des Hauses Ehinger Str. 19. Unter diesen Bedingungen hält die FW-Fraktion den Bau eines Jugend-Hauses in den nächsten 3 Jahren für denkbar.

Wir sehen im Übrigen gegenwärtig kein bereits dotiertes Projekt im HH, welches zugunsten und anstelle des Jugend-Hauses aufgegeben werden könnte. Vielleicht kann man angesichts unseres Hallenbades auf die Sanierung des LSB Birkendorf verzichten.

Natürlich wissen wir um die konkurrierenden Projekte wie Kletterhalle oder ähnliches.

Die Stadträte werden Farbe bekennen müssen, was ihnen wichtig ist. Sie müssen eine Priorisierung der städt. Investitionsvorhaben erkennen lassen.

Das politische Handeln der FW-Fraktion steht unter der Prämisse, steigende Folgekosten für den HH zu verhindern, besser diese noch zu senken. Da darf es keine heiligen Kühe geben und es gibt Fälle genug, wo man ansetzen könnte. Um nur einen Fall beispielhaft zu erwähnen. Der GR hat die Wielandstiftung finanziell grosszügig ausgestattet, mit dem Ziel diese finanziell autark zu machen. Davon ist man meilenweit entfernt.

Bei allem Augenmerk auf Bildung + Betreuung darf man den Rest der Bevölkerung nicht übersehen. Deswegen stellt die FW-Fraktion Anträge unter anderem zum Wohl der Senioren. Die Gestaltung einer rollatorenfähigen Furt zwischen Bücherei und Zeppelinring, die rollstuhlfähige Verbindung in die Stadthalle 1. OG sind Beispiele dafür.

Ein kritisches Wort zum Erhalten von Gebäuden und zu Denkmalschutz im Besonderen. Das Alter eines Gebäudes ist in der Regel kein Wert an sich, nur bestimmte Besonderheiten des Hauses führen dazu. Wir halten Neubauten in der Innenstadt für unverzichtbar und wollen im Gegensatz

zum Stadtforum nicht erhalten um des Erhaltens willens. Frühere Entscheidungen zum Denkmalschutz müssen einer Überprüfung standhalten.

Besonders für den Roten Bau gilt:

Erstens muss der Denkmalschutz für den Roten Bau überdacht werden. Zweitens darf der Rote Bau nicht durch eine mögliche Sanierung wertvolles Stiftungskapital des Hospitals vernichten. Auch der Umweg über städtische Steuergelder ist bedenklich. Diese sollten besser in Bildung + Betreuung als in den Roten Bau investiert werden. Drittens: ernsthaft interessierten Investoren dürfen keine Steine in den Weg gelegt werden.

Zuletzt gilt unser Dank Frau Leonhardt für die Erstellung eines aufschlussreichen HH und Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit."

StR Späh:

"Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörer und Pressevertreter.

Es ist schon erstaunlich wie vergesslich wir Menschen sind. Überall hört man nun die frohe Botschaft wie die Wirtschaft in XXL-Manier brummt. Da fragt man sich ernsthaft ob man sich im richtigen Film befindet. Vor einem Jahr haben wir alle hier gezittert und gebangt, wie uns die wirtschaftliche Krise treffen wird und uns in die Knie zwingen wird. Heute haben wir das scheinbar vergessen und gieren nach XXL-Zuwachsraten in der Wirtschaft. Auch wir sind froh, dass es Biberach nur bedingt getroffen hat. Wir sind aber sehr skeptisch, ob dieser neue Wachstumsrausch anhält und ein Segen für uns darstellt. Die riesigen Finanzsummen die aufgewendet wurden, um die Krise abzumildern, werden sich noch als Fluch und erdrückende Last in den nächsten Jahren in den Haushalten zeigen. Auch wenn wir scheinbar ein gutes Jahr 2011 haushaltstechnisch vor uns haben, dürfen wir die Augen nicht verschließen vor den enormen Problemen die vor uns liegen. Die Probleme in unserem Land werden wachsen und die Bereitschaft der Bürger alles mitzutragen schwindet zunehmend, wie die Entwicklung um Stuttgart 21 zeigt. Auch ist es für uns Grüne schmerzlich zu sehen, wie die Welt bei dem ökologischen Niedergang unserer Erde nicht die Kraft findet sich zu tiefgreifenden Reformen zusammenzufinden um die 2 Grad Temperaturerhöhung in den nächsten Jahrzehnten zu sichern. Wenn uns dies nicht gelingt und es sprechen viele Anzeichen dagegen, dann steht uns ökologisch und ökonomisch eine nie da gewesene Belastung bevor, die wir in ihrem Ausmaß und Tragweite nicht überblicken können. Vorboten sind in einigen Teilen der Erde bereits deutlich sichtbar.

Dagegen sind andere Entwicklungen die uns Sorgen machen sollten, eher geringer in ihrer Auswirkung zu sehen. Dies ist u. a. die demografische Entwicklung unserer Bevölkerung und das Auseinanderdriften der sozialen Schere in der Gesellschaft. Sie sind mittelfristige Entwicklungen die gesellschaftspolitische Sprengkraft haben.

Ich komme nun zum Haushaltsplan.

Auf der ersten Seite fällt die eine Entwicklung bereits ins Auge. In der Bevölkerungsfortschreibung von 09 auf 010 verlieren wir 110 Einwohner. Dies ist sicher noch nicht dramatisch, könnte aber auch eine Tendenz zur Schrumpfung aufzeigen.

Die Abnahme der Steuerkraftsumme ist ebenfalls auf dieser Seite bereits dargestellt.

Der laufende HH 010 zeigt in seiner Prognose gute Daten. Die Negativzuführung vom Vermögenshaushalt in den Verwaltungshaushalt von ca. 14. Mill. konnte auf Null reduziert werden.

Damit ist eine um 10 Mill. verminderte Rücklagenentnahme verbunden. Dies ist eine sehr gute Grundlage für den anstehenden HH 2011.

Die Steuerschätzung vor ein paar Tagen mit guten Zahlen und die Prognose der Wirtschaftswissenschaften am 10. 11. lassen verbesserte Daten als im Plan vermerkt vermuten. Ob diese optimistischen Prognosen auch bei den Kommunen ankommen, oder durch Abschöpfung für andere HH, Verwendung finden muss sich noch zeigen. Die auf S. 012 im Vorbericht von Herr Wersch aufgestellten Ziele können wir überwiegend mittragen. Uns fehlen dabei zwei wichtige Zielgrößen. Diese sind, die nachhaltige ökologische Entwicklung und die verstärkte soziale Komponente für Biberach. Diese beiden Zielgrößen werden in den nächsten Jahren immer bedeutsamer werden. Hier erwarten wir von der Verwaltung verstärkte Anstrengungen um diesen Zielen mehr Bedeutung und Inhalt zu verschaffen und sie voranzubringen mit Hilfe des Gemeinderates.

Der große Investitionsbrocken mit dem Ausbau der Realschule mit Sporthalle zu einem Bildungszentrum mit Ganztagesangebot ist für unsere Fraktion eine wichtige Zukunftsinvestition die wir gerne mittragen. Die Kosten mit über 40 Mill. € sind für den Bildungsstandort Biberach lohnende Investitionen für die nächsten Jahrzehnte. Der Bedarf an Fachkräften für die Firmen in unserer Region wird sich auch durch solche Investitionen verbessern. Damit leisten wir einen wichtigen Zukunftsbeitrag. Eine weitere Zukunftsinvestition ist die kontinuierlich weiterentwickelte Kleinkindförderung in Biberach. Hier nehmen wir viel Geld in die Hand um die Betreuung von Kleinkindern den elterlichen Erfordernissen anzunähern. Dies ist ebenfalls ein gute Maßnahme um dem Fachkräfteverlust entgegen zu wirken. Wie sich der familiäre Betreuungsverlust gesellschaftspolitisch auswirken wird steht noch auf dem Prüfstand. Dem Ausbau- und Neubau von Kindergärten stimmen wir ausdrücklich zu. Der Erhaltung und Sicherung des hohen Kulturangebotes gilt auch in Zukunft unser Augenmerk. Auch dies ist eine Maßnahme die den Wirtschaftsstandort zusätzlich sichert.

Die Gewerbesteuererinnahmen werden sich nach dem Einbruch in diesem Jahr wieder auf einer guten Marke mit knapp 60 Mill. € einpendeln. Damit lässt sich wieder eine bescheidene Zuführungsrate erwirtschaften. Dies ist wichtig um notwendige Projekte die angedacht sind anzugehen. Der Wert der uns von einem Euro bleibt hat sich von 33% der letzten Jahre auf 40,7% verbessert. Dies ist positiv zu erwähnen. Die schlechte Finanzlage der Banken durch die Krise der letzten Jahre spüren wir deutlich durch den Zins-Verlust von 1 Mill. € aus den Finanzanlagen. Dies wird sich vermutlich auch die nächsten Jahre nicht ändern.

Wie sich die Abgabe für die Kreisumlage gestalten wird ist unsicherer den je. Viele Faktoren werden dies beeinflussen und uns als größter Zahler an den Kreis betreffen. Die Entwicklung der Kreiskrankenhäuser ist hier von zentraler Bedeutung. Hier hoffen wir auf weitsichtige Entscheidungen der Gremien.

Der Verlust bei den Parkgebühren muss uns noch verdeutlicht werden.

Wir gehen jedoch davon aus und fordern dies auch von der Verwaltung, dass sie uns Vorschläge erarbeitet, die aufzeigt wie die Bevorzugung des Individualverkehrs sich stärker an den verursachten Kosten als Beteiligung niederschlägt. Durch die Auslagerung der Tiefgaragen auf die Stadtwerke werden diese Kosten etwas verschleiert. Bei den Beteiligungserträgen werden wir im kommenden Jahr ein schwarzes Jahr vor uns haben. Die Margen in Strom- und Gaserlösen werden durch die Vorgaben der Regulierungsbehörde immer geringer. Die Entscheidung in ein neues Geschäftsfeld mit der Glasfasertechnologie einzusteigen, ist vermutlich mittelfristig die richtige Entscheidung. Die Entwicklung muss sicher genau beobachtet werden und die notwendigen Entscheidungen danach getroffen werden. Die Beteiligung an der Windkraftentwicklung im Projekt Baltic1 ist eine weitere Investition der ew.a-riss in die ökologische Zukunft. Eine größere Abmangelbeteiligung durch diese Entwicklungen ist deshalb zu erwarten.

An der Gebührenschaube für Kultureinrichtungen und für soziale Bereiche sowie für Bildung und Betreuung wollen wir nicht nach oben drehen. Hier benötigen wir eine Verstärkung um dem Bürger verlässliche Grundlagen für seine weiteren finanziellen Planungen zu geben. Bei den Ausgaben ist der Blick auf die Personalkosten sicher eine wichtige Größe. Die tariflichen Steigerungen bedingen natürlich auch eine Erhöhung dieser Kosten. Die weiteren Stellenmehrungen sind überwiegend auf politisches Wollen ausgerichtet. Bildung und Betreuung nimmt dabei wieder den größten Zuwachs ein. Dazu stehen wir ausdrücklich.

Für die Bürgerinformation halten wir es für wichtig, dass nun im Jahr 2011 ein Mitteilungsblatt für alle Bürger eingeführt wird. Die Bürger haben einen Anspruch nach vermehrter Information und fordern diese auch wie Stuttgart 21 zeigt, zunehmend ein.

Die Zuwächse in der Bauunterhaltung sind sicher gut investiertes Geld um die Substanz zu erhalten. Bei den Bewirtschaftungskosten sehen wir wieder steigende Heizungs- und Stromkosten. Hier muss die Verwaltung durch den einstimmigen Beschluss im Gemeinderat, dem „Europäischen- Energie Award“ beizutreten, uns Vorschläge unterbreiten die geeignet sind, solche Zuwächse mittelfristig abzubauen um sich dem Begriff der „ökologischen Stadt“ anzunähern. Hier fordern wir einen Bericht wie der aktuelle Stand zum Fortschritt des „Europäischen- Energie- Award“ ist. Wir haben hier noch deutliche Defizite gegenüber anderen vergleichbaren Städten. Der Zuschuss für die Energieagentur muss wie in den letzten Jahren, weitergeführt werden, damit die wertvolle ökologische Arbeit nicht gefährdet wird.

Im Sozialbereich fordern wir Mittel einzustellen, um eine 0,75%-Stelle bei Jugend Aktiv als Personalkostenzuschuss für die Schulsozialarbeit zu schaffen, um diese an allen vier GS durchführen zu können. Außerdem sehen wir es als wichtig an, den Zuschuss für die verschiedenen Ferienmaßnahmen von 3€ auf 4€ pro Kind und Tag zu erhöhen. Dies eröffnet Spielräume um Kosten für sozialschwächere Familien zu senken und die wichtigen Freizeit-Maßnahmen zu stabilisieren. Die verminderten Ausgaben für die Finanzausgleichsumlage und die Kreisumlage um jeweils ca. 5 Mill. € ist eine positive Entwicklung. Wie bereits erwähnt sind hier erhebliche Risiken vorhanden. Momentan eröffnet es Handlungsspielräume.

Beim Vermögenshaushalt werden notwendigen Infrastrukturmaßnahmen auf S. 048 von Herrn Wersch beschrieben. Er führt dabei den „Aufstieg nach Mettenberg“ an. Diese Maßnahme ist für uns in der Kosten-Nutzen-Analyse deutlich negativ zu bewerten. Deshalb wollen wir die Planungsmittel für diese Maßnahme aussetzen. Damit könnte nach dem Bau der Nordwestumfahrung die Notwendigkeit nochmals neu bewertet werden. Uns sind energetische Sanierungen von bestehenden Gebäuden wichtiger. Deshalb fordern wir Planungsmittel für die Mittelberg- GS und die Turnhalle Mettenberg für diesen Haushalt.

Zu den energetischen Erfordernissen gehört auch dazu, weitere Fördermittel in die Wärmedämmung zu investieren. Deshalb möchten wir das Förderprogramm Umweltschutz wieder auf 300 000 € dotieren um den Bürgern und der Umwelt helfen zu können. Wir fordern die Gesellschafterversammlung auch auf, über die Stadtwerke auf die ew.a-riss einzuwirken, unregelmäßige Heizpumpen nach dem „Tübinger Modell“ auszutauschen und mit der Stromrechnung zu verrechnen.

Als wichtige Botschaft an die Jugend wollen wir in diesen Haushalt eine Planungsrate für ein Jugendhaus einstellen. Den anstehenden Beratungen zu diesem TOP voraussichtlich im Januar, sehen wir mit großen Erwartungen entgegen.

Diese von uns geforderte Umsetzung von Anträgen soll die Stadt wie oben bezeichnet, dem Ziel der ökologischen und sozialen Weiterentwicklung annähern.

Unser Dank geht an Fr. Leonhard und an alle weiteren Verfasser dieses Planwerkes. Wir hoffen, dass auch die Öffentlichkeit die Möglichkeit nutzt sich diesen Haushalt anzuschauen. Deshalb bitte ich die Presse, auf diese Möglichkeit nochmals explizit hinzuweisen.

Herzlichen Dank für ihre Aufmerksamkeit."

StR Funk:

"Die FDP-Fraktion dankt zu Beginn unserer Haushaltsrede der Verwaltung für die Erstellung und die sehr frühzeitige Zusendung des Haushaltsplanes recht herzlich. Unser Dank gilt vor allem Frau Leonhardt und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die wieder hervorragende Zusammenstellung des umfassenden Zahlenmaterials. Unseren besonderen Dank sagen wir dafür, dass auf Seite 52 des Vorberichtes die Kosten für den Neubau der Realschule, der neuen Sporthalle mit 700 Sitzplätzen, der Veränderung des Sportbereiches und der Verbesserung der Infrastruktur übersichtlich dargestellt werden. Für alle vier Investitionen beträgt der Netto-Anteil der Stadt zusammen 23 Mio. Euro. Für die FDP-Fraktion ist dies eine erstklassige Investition in die Zukunft, die auch nicht aus der Portokasse bezahlt werden muss.

Dieser wieder ausgezeichnete Vorbericht zum Haushalt 2011 spricht die meisten Themen an, die für die Stadt Biberach relevant sind. Er sollte aber nicht nur für die Gemeinderäte Pflichtlektüre sein, sondern auch für die Verwaltung, zumindest für jene Mitarbeiter, die Vorlagen schreiben. Seit Jahren wird uns die Gaspreisentwicklung aufgezeigt, dieses Mal auf Seite 36. Jeder Gemeinderat weiß, welche Diskussion nach unserer Auffassung zuletzt unnötig war und falsch gelaufen ist.

Rückblick

Während der Beratungen zum Haushaltsplan 2009 im Jahre 2008 waren die Auswirkungen der Finanzkrise noch nicht richtig sichtbar. Im letzten Jahr dagegen war klar, dass sich aus der Finanzkrise eine handfeste Wirtschaftskrise entwickelt hat. Wir stellten uns auf drei schwierige Jahre 2009, 2010 und 2011 ein und vertraten die Auffassung, in dieser Zeit keine falschen Sparmaßnahmen zu beschließen, insbesondere auch deshalb, weil für Biberach das Jahr 2009 bereits in trockenen Tüchern war. So läuft Dank eines FDP-Antrags im Moment im Biberacher Museum die Kirchnerausstellung. Nicht verhindern konnten wir, dass der Sanierungsstau in Biberach weiter erhöht wurde, weil man frühere kluge Beschlüsse zur Substanzerhaltung bei Gebäuden und Straßen nach unten korrigiert hatte. Auf der anderen Seite wurden Ausgaben nur getätigt, weil Berlin und die katholische Kirche Programme zur energetischen Sanierung aufgelegt haben. Als Beispiel sei genannt der Kindergarten St. Michael. Diese Programme und ihre Ergebnisse bleiben in Biberach und gesamtstaatlich zumindest diskussionswürdig.

Die höheren Einnahmen bei der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer in diesem Jahr haben wir nach der Steuerschätzung im November 2009 vorhergesagt und Herrn Wersch und Frau Leonhardt eine Wette in der Höhe der Grundsteuer angeboten. Denn diese Mehreinnahmen alleine hätten ausgereicht, die niedrige Grundsteuer für alle Firmen und alle Bürger, ob Mieter oder Eigentümer, im Jahr 2010 zu finanzieren. Wir wollen diese niedrigen Grundsteuersätze während dieser Legislaturperiode weiterhin. Sie sind für uns eine Bürgerdividende für die in Sachen Gewerbesteuererinnahmen außergewöhnlichen Jahre 2006, 2007 und 2008. Zu den Gewerbesteuererinnahmen in den Jahren 2009 und 2010 kommen wir später.

Die Folgen der Erhöhung der Parkgebühren müssen noch genauer untersucht werden. Klar ist aber schon heute, dass es sich zumindest haushaltspolitisch um eine Fehleinschätzung handelte.

Man merke: Nicht jede Gebühren- oder Steuererhöhung führt auch zu den geplanten Mehreinnahmen und nicht jede Gebühren- oder Steuersenkung zu den geplanten Wenigereinnahmen! Zudem erinnern wir daran, dass wir schon letztes Jahr Teile der Berechnungen des Ordnungsamtes als falsch zurückgewiesen haben.

Zu dem bereits vor Jahren beschlossenen FDP-Antrag, nämlich die Einführung von Bildungs- und Betreuungsgutscheinen zu prüfen, hat sich die Verwaltung auch 2010 nicht geäußert. In Stuttgart sind diese Gutscheine seit Jahren ein Erfolg. Jetzt wird auch in Berlin dieses Projekt zur Übernahme für den Bund geprüft. Wir machen dazu einen weiteren Antrag. Wir hoffen, dass der im Vorbericht angesprochene Stadtpass auch unsere Zielrichtung treffen wird.

Fremde Vorgaben und vom Gemeinderat nicht beeinflussbar

Im Vorbericht wurde zu Recht angesprochen, dass viele Faktoren durch die Politik fremdbestimmt sind, und zwar durch Gesetze, die in Brüssel, Berlin und Stuttgart gemacht werden. Wir wollen aber auf zwei weitere wichtige Aspekte aufmerksam machen. Die Hauptsteuerzahler in Biberach sind global operierende Unternehmen, deren Entscheidungen gravierende Folgen für unsere Stadt haben können. Die Situation in Biberach ist dabei die Abhängigkeit von einem ganz großen Steuerzahler. Dieses Strukturproblem können wir nicht leicht ändern, müssen es aber zu Kenntnis nehmen und deshalb Rücklagen bilden, insbesondere auch deshalb, weil die Veränderungen im Gesundheitssystem von keiner Regierung aufgehalten werden können.

Die relativ schnelle Erholung unserer Wirtschaft in der Bundesrepublik hat sicherlich mehrere Ursachen. Wir hatten als Stadt Biberach keinen Einfluss auf die beschlossenen nationalen Maßnahmen, aber wir hatten erst recht keinen Einfluss auf die Entscheidungen in Europa, Amerika, China und Indien. Alle Staaten pumpen enorm viel Geld in die Wirtschaft und jetzt bleibt zu beobachten, ob der Aufschwung sich selber tragen wird.

Wir wollen aber insbesondere darauf hinweisen, dass ein großer Teil unseres Aufschwungs in Deutschland den geänderten Wechselkursen zuzuschreiben ist. Der niedrige Eurokurs macht deutsche Waren außerhalb Europas preiswert. Dies wird nicht immer so bleiben.

Wir werden weiterhin mit starken konjunkturellen Schwankungen rechnen müssen und haben deshalb die Pflicht, die Gewerbesteuererinnahmen über einen längeren Zeitraum realistisch zu schätzen und die Ausgaben daran anzupassen.

Unsere Betrachtung des Haushaltsplanentwurfs 2011

Um eine Einschätzung zum Haushaltsplan 2011 vornehmen zu können, gehen wir wie in den letzten Jahren vor und betrachten im Einzelnen:

- Die Auslagerungen
- Die geplanten Gewerbesteuererinnahmen
- Die Zuführung vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt oder umgekehrt
- Die eventuellen Verschiebungen, die dadurch entstehen können, dass die Kreisumlage und die Finanzausgleichsumlage zwei Jahre später anfallen
- Die Rücklagen und den Zustand unserer Gebäude und Straßen mit einem Blick
- Die Personalkosten
- Welche Risiken durch die Kreisumlage drohen
- Die Struktur unserer Hauptsteuerzahler

- Den Vermögenshaushalt und mittelfristige die Finanzplanung

Die Auslagerungen

Zu den Auslagerungen kommen seit dem 1. Januar 2010 noch die Wielandstiftung mit einem beträchtlichen Stiftungsvermögen hinzu.

Im Einzelnen handelt es sich um:

- Die Stadtwerke Biberach GmbH mit der Beteiligung an der e.wa riss, den Bädern, dem ÖPNV und den Hoch- und Tiefgaragen
- Den Eigenbetrieb Stadtentwässerung
- Den Abwasserzweckverband Riß
- Den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft
- Die Jugendarbeit mit den Vereinen Jugend Aktiv und Lilienthal
- Die Wielandstiftung
- Auch der Hospital mit der gemeinnützigen Bürgerheim GmbH für Seniorenarbeit und dem Pflegedienst gehört bedingt dazu.

Bei diesen Auslagerungen können wir mit Ausnahme der Stadtwerke Biberach kein Risiko erkennen. Die Stadtwerke Biberach hängen trotz der Erträge von Ihrer Beteiligung an e.wa riss am Tropf des städtischen Haushaltes und haben wegen der e.wa riss ein unkontrolliertes Risiko. Es fehlt jegliche Transparenz. Wir kommen auf die e.wa riss, auch mit einem Antrag, zurück.

Die Personalkosten

Bei einer reinen Gesamtkostenbetrachtung betragen die Personalkosten der Stadt Biberach 50 % der Kosten im Verwaltungshaushalt. Die im Haushaltsplan ausgewiesene Zahl 21 % ist das Ergebnis der Kameralistik, die zu einer Bilanzverlängerung führt. Wenn wir nach Einführung der Doppik dann endlich unsere Gesamtgebäudekosten hinzuaddieren können, kann jedermann leicht erkennen, dass der Haushalt der Stadt Biberach nur durch das Schließen ganzer Einrichtungen dauerhaft mit einem namhaften Betrag reduziert werden kann und dies wegen der Immobilie auch meist nicht auf die Schnelle.

Kreisumlage

Im Kreis Biberach bezahlt 40 % der Umlage die Stadt Biberach. Ein oder mehrere neue Krankenhäuser werden kommen. Eine wesentliche Rücklage wurde nirgends gebildet und damit ist das Ergebnis klar. Der auch beim Kreishaushalt nicht abgebildete Werteverzehr schlägt nach unten voll durch, das heißt auf den Haushalt der Stadt Biberach.

Die Struktur unserer Hauptsteuerzahler

Solange die Struktur so ist wie sie ist, sind wir mit der Verwaltung einig, dass wir hohe Rücklagen bilden müssen. Allerdings, und damit unterscheiden wir uns weiterhin deutlich von der Verwaltung, nicht auf Kosten der Substanzerhaltung. Der Abbau des Sanierungsstaues kommt bei uns an erster Stelle.

Vermögenshaushalt

Der Vermögenshaushalt wird weiterhin zu stark belastet, weil die Stadtverwaltung ihre Immobilien nicht jährlich über den Verwaltungshaushalt auf dem Laufenden hält, sondern auf Totalrenovierungen wartet.

Mittelfristige Finanzplanung

Nach unserer Auffassung reicht für Biberach eine mittelfristige Finanzplanung allein nicht aus, um die Zukunft zu gestalten. Wir brauchen zusätzlich längerfristige Pläne.

Gewerbsteuer und Zuführung

Gewerbsteuer				
	Plan+Nachtrag	Aufkommen	Differenz	Differenz in %
2001	23.621.685,00 €	37.384.411,00 €	13.762.726,00 €	58%
2002	21.475.000,00 €	34.721.189,00 €	13.246.189,00 €	62%
2003	33.000.000,00 €	34.469.797,00 €	1.469.797,00 €	4%
2004	30.000.000,00 €	41.238.589,00 €	11.238.589,00 €	37%
2005	29.500.000,00 €	48.461.687,00 €	18.961.687,00 €	64%
2006	53.400.000,00 €	118.211.165,00 €	64.811.165,00 €	121%
2007	66.500.000,00 €	87.725.328,00 €	21.225.328,00 €	32%
2008	60.000.000,00 €	83.758.662,00 €	23.758.662,00 €	40%
2009	65.000.000,00 €	60.853.825,00 €	- 4.146.175,00 €	-6%
2010	45.000.000,00 €	60.000.000,00 €	15.000.000,00 €	33%
Summe	427.496.685,00 €	606.824.653,00 €	179.327.968,00 €	42%
Durchschnitt	42.749.668,50 €	60.682.465,30 €	17.932.796,80 €	42%

Aus der oben abgebildeten Tabelle kann man entnehmen, wie weit die erzielten Bruttogewerbesteuerereinnahmen von den geplanten Einnahmen abweichen. Natürlich wissen auch wir heute nicht, welche Ergebnisse unsere Unternehmen bis Ende 2011 erzielen werden, aber wir haben keine Probleme mit einem realistischen mittleren Ansatz zu rechnen und dann auch einmal den Ansatz zu verfehlen. Wir werden unserem Abstimmungsverhalten auch in Zukunft treu bleiben und verfolgen dabei wie bereits ausgeführt eine klare Reihenfolge. Zuerst wird der Sanierungsstau abgebaut und darauf folgt der von der Verwaltung vorgeschlagene Aufbau einer Rücklage. Diese Rücklage muss niedrigere Gewerbesteuerereinnahmen abfedern können und muss uns helfen zu gewährleisten, dass unsere in die Jahre gekommenen Immobilien jederzeit ersetzt werden können. Erst dann beschäftigen wir uns mit neuen Einrichtungen oder neuen Aufgaben wie Kletterhalle oder Jugendhaus.

Anders als im Ansatz vorausgesagt, gab es auch im Jahr 2010 wieder bei der Gewerbesteuer Bruttomehreinnahmen von 15 Mio. Euro. Wir sind uns relativ sicher, dass diese Mehreinnahmen aus einer Betriebsprüfung eines unserer ganz großen Steuerzahler stammen. Mehrmals haben wir gebeten und es wurde uns auch zugesagt, dass Einnahmen dieser Art auch in die Gewerbesteuer-schätzung einfließen sollten.

Auch aus der nächsten Tabelle kann man erkennen, dass die in den letzten Jahren geplante Zuführung an den Vermögenshaushalt nichts, aber auch gar nichts mit der Wirklichkeit, dem Ergebnis, zu tun hat.

Zuführung an den Vermögenshaushalt				
	Plan+Nachtrag	Aufkommen	Differenz	Differenz in %
2001	5.175.000,00 €	16.957.359,00 €	11.782.359,00 €	228%
2002	4.680.000,00 €	14.968.774,00 €	10.288.774,00 €	220%
2003	4.617.000,00 €	7.545.112,00 €	2.928.112,00 €	63%
2004	2.513.000,00 €	16.858.403,00 €	14.345.403,00 €	571%

2005	1.460.000,00 €	17.696.294,00 €	16.236.294,00 €	1112%
2006	14.301.000,00 €	41.200.405,00 €	26.899.405,00 €	188%
2007	23.220.000,00 €	44.750.480,00 €	21.530.480,00 €	93%
2008 -	9.517.000,00 €	12.400.000,00 €	21.917.000,00 €	
2009	4.000.000,00 €	6.200.000,00 €	2.200.000,00 €	55%
2010 -	13.450.000,00 €	1,00 €	13.450.001,00 €	
Summe	36.999.000,00 €	178.576.828,00 €	141.577.828,00 €	383%
Durchschnitt	3.699.900,00 €	17.857.682,80 €	14.157.782,80 €	383%

Die einzelnen Jahre sind wegen dem Zweijahresverzug bei der Kreisumlage und dem Finanzausgleich jeweils genauer anzuschauen. Im Durchschnitt haben wir aber, insbesondere ab dem Jahr 2005, eine sehr ordentliche Zuführung vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt erwirtschaftet.

Betrachtung der Rücklagen und unserer Substanz

Zunächst muss gesehen werden, dass die Rücklage für die Untere Schranke aufgelöst wurde, sich dafür aber unser Immobilienbesitz erhöht hatte und damit auch die Mieteinnahmen gestiegen sind. Des Weiteren sei auch gesagt, dass wir akzeptieren, dass es Zeiten geben kann, in denen die Verwaltung personell an die Grenzen stößt und nicht alles auf einmal abarbeiten kann. Aber die FDP-Fraktion kann sich an Rücklagen nicht dauerhaft erfreuen, wenn auf der anderen Seite die Immobilien der Stadt, ganz egal ob Kanäle, Straßen oder Gebäude, die gebotene Substanzerhaltung nicht bekommen. Die Stadt Biberach verfährt seit Jahren nach dem selbem Strickmuster. Sie beschließt und verwirklicht neue Einrichtungen und kümmert sich dann jahrzehntelang nicht mehr um diese Gebäude. Dabei schönst sie zunächst den Verwaltungshaushalt und signalisiert meist viel zu spät, welche Totalsanierungen dann auf den Vermögenshaushalt zukommen. Zu allem Überfluss spricht die Verwaltung im Vorbericht auch noch von Investitionsstau und nicht von Sanierungsstau. Werte Verwaltung, wenn ich das Wort Investitionsstau höre, denke ich an ein Unternehmen, das vor lauter Aufträge mit dem Bau von neuen Hallen nicht nachkommt oder auf die Lieferung neuer Maschinen wartet, aber gewiss nicht an in die Jahre gekommene Gebäude, egal ob Gymnasien oder Feuerwehrhaus.

Wir warten weiterhin sehnhlichst auf ein Gebäudekataster und wollen nun wenigstens mit einer Nebenrechnung kurzfristig einige Informationen. Wie nötig diese sind, haben wir in Sachen Kindergärten dieses Jahr schmerzlich erfahren müssen. Hier ließen wir uns per Schnellanfrage kurzfristig ein Register erstellen.

Unsere Kindergärten im Ganztagesbetrieb

Die Stadt Biberach betreibt derzeit über 20 Kindergärten, von denen mehrere auf eine Totalsanierung warten. Hinzu kommt die Veränderung zur Ganztagsbetreuung mit einem erweiterten Raumprogramm und wesentlich höhere Baukosten wegen bestehender und den zukünftigen von der Bundesregierung geplanten energetischen Standards. Das hat zur Folge, dass ein Kindergarten für 70 Kinder nach städtischer Rechnung 1,8 Mio. Euro kostet und dies ohne Grund und Boden und ohne Ausstattung. Wie diese Entwicklung unsere Haushalte der nächsten 10 bis 15 Jahre beanspruchen, werden wir uns von der Verwaltung darstellen lassen. Wir werden dazu einige Anträge stellen. Leider finden wir im zweijährigen Kindergartenbericht genauso wenig darüber ausgesagt wie auch in den Protokollen des Arbeitskreises Kindergarten. Im Einzelnen geht es um die Anzahl und die Standorte der Ganztageskindergärten, das Raumprogramm, eine zukunfts-trächtige, eventuell flexible Bauweise. Ein wichtiger Kostenfaktor bleibt dabei die Größe der Grundstücke. Es geht auch um die Anzahl der traditionellen Kindergärten, Entscheidungen über Sanierung mit Anbau oder Neubau. Wir brauchen dazu jedes Mal eine rechtzeitige Gesamtbau-

kostenberechnung. Zu klären ist auch die Frage, wie sich die Kirchen einbringen werden, wenn eines ihrer Grundstücke nicht wieder verwendet wird. Da sich neben den Baukosten auch die Betreuungskosten stark erhöhen werden, muss auch eine abschließende Diskussion über die Kostendeckung geführt werden. Hierbei spielen wieder die von uns gewünschte Einführung von Bildungs- und Betreuungsgutscheinen eine große Rolle.

Stadtwerke und e.wa riss

Für uns bleibt die Gründung der e.wa riss eine Fehlentscheidung. Mit einer Beteiligungsstruktur von 50% zu 50 % hat keiner der Gesellschafter das Sagen. Dies führt dazu, dass die e.wa riss ein Anhängsel der EnBW bleiben wird und keine eigene Geschäftsidee hat und auch in der Zukunft nicht haben wird. Wer den Ausbau ins Glasfasernetz richtig und transparent für die Stadt und damit für den Steuerzahler kontrollieren soll, bleibt für uns ein Rätsel. Nach dem Einstieg in diesen Geschäftszweig mit wenig Informationen für den Gemeinderat stellt die FDP-Fraktion den Antrag zu prüfen, wie sich die Stadt von dieser Beteiligung trennen kann und zu welchen Konditionen. In diesem Jahr wäre es für die Stadt Biberach noch möglich gewesen, ihren Anteil zu vor neun Jahren vertraglich festgelegten Konditionen abzugeben. Nicht einmal diese Entscheidung hat unser Oberbürgermeister den Gemeinderat treffen lassen. Spätestens jetzt sind weitere Ausführungen zu diesem Thema überflüssig. Endlich äußert sich auch das Dezernat II im Vorbericht auf Seite 50 kritisch. Für die FDP-Fraktion wäre für die Zukunft nur wichtig die Sparte Wasser selber weiter zu betreiben.

Anträge

Mit folgenden Anträgen versuchen wir unsere Vorstellungen politisch voranzutreiben und umzusetzen:

- Wir beantragen: Die Verwaltung stellt im ersten Halbjahr 2011 das Stuttgarter Gutschein-system vor.
- Wir beantragen: Im Vorgriff zum Gebäudekataster liefert die Verwaltung dem Gemeinderat bis spätestens 31. Oktober 2011, also vor den nächsten Haushaltsberatungen, eine Auflistung sämtlicher Gebäude mit qm Fläche pro Stockwerk. Die hierfür benötigten Mittel zur Fremdvergabe werden bereitgestellt.
- Wir beantragen, den Hebesatz der Grundsteuer A und B auf 200 % Punkte zu senken.
- Wir beantragen, den Einnahmeansatz der Gewerbesteuer auf 62 Mio. festzulegen.
- Wir beantragen, die Mittel für die Straßenunterhaltung um 1 Mio. Euro im Vermögenshaushalt zu erhöhen. Wir beantragen, die Hölderlinstraße, die Lindelestraße und die Haufstraße im Jahre 2011 zu sanieren.
- Wir beantragen, den Sanierungsstau zu reduzieren und die Mittel für die Gebäudeunterhaltung um 500 Tausend Euro zu erhöhen. Im Jahr 2011 soll mit diesen Mitteln auf jeden Fall der Kindergarten St. Nikolaus insgesamt saniert werden. Mit dem Rest wird ein Haushaltsrest gebildet werden.
- Wir beantragen, in der mittelfristigen Finanzplanung die Mittel für die Gebäudeunterhaltung um 250 Tausend Euro pro Jahr zu erhöhen. An dem Beispiel Stadtfriedhof sieht man den Sanierungsstau in Sachen Flachdächer und Toilettenanlagen.
- Wir beantragen, bei der Behandlung des Stellenplanes, mit Ausnahme der Stellen im Kindergartenbereich, jede einzelne Stelle zur Abstimmung zu bringen.
- Wir beantragen eine Generaldiskussion über die veränderte Kindergartenlandschaft und deren Kosten für die nächsten 10 bis 15 Jahre.
- Wir beantragen: Die Verwaltung prüft, ob ein städtisches Krankenhaus allein für die Stadt Biberach auch zuschussfähig ist.

- Wir beantragen: Die Verwaltung prüft, wie und zu welchen Konditionen sich die Stadt Biberach von der Beteiligung an der e.wa riss trennen kann.
- Wir beantragen: Die Verwaltung prüft, welche Möglichkeiten die Stadt Biberach hat, um sich an verschiedenen Energieunternehmen oder Projekten zu beteiligen. Wir denken an Photovoltaik, Solar, Wind, Wasser und neue Leitungsnetze.

Beratungen

Nach unseren Vorstellungen hat die Stadt Biberach in Zukunft eine Bilanzstruktur, bei der auf der Aktivseite renovierte Immobilien stehen, die durchaus anteilig mit billigem Fremdkapital finanziert sein können. Neben diesem Fremdkapital stehen auf der Passivseite Rückstellungen, Rücklagen und Eigenkapital, welches teilweise in Projekten zur regenerativen Energieerzeugung mit hoher Sicherheit und ordentlichen Renditen angelegt wird. Es gibt jetzt endlich einen realistischen Plan zum finalen Ausstieg aus der Brückentechnologie Atomstrom und der ausreichenden Erzeugung von erneuerbarer Energie zu bezahlbaren Preisen. Bei diesem Auf- und Ausbau sollte sich die Stadt Biberach einbringen und beteiligen.

Wir freuen uns jetzt auf interessante Beratungen und hoffen auf viel Zustimmung zu unseren Änderungsanträgen. Wir hoffen am Ende der Beratungen dem Haushalt auch zustimmen zu können. Dabei gehen wir fest davon aus, dass die Verwaltung die Novembersteuerschätzung in den Veränderungslisten freiwillig einbauen wird. Zum Schluss bleibt nur noch zu sagen: Wir gehen einen anderen Weg als die Verwaltung, haben aber dasselbe Ziel. Dort werden wir auch ankommen.

Ich bedanke mich fürs Zuhören."

OB Fettback ergänzt, dass zum Thema Parkplatzgebühren in Kürze eine Informationsvorlage erfolge. Der Grund für Einnahmeausfälle seien defekte Parkscheinautomaten.

Zum Thema e.wa riss kritisiert OB Fettback die Äußerungen der Beteiligungsverwaltung. Er merkt an, dass die Kritik zum Geschäftsfeld Glasfasertechnik vor einem Jahr hätte kommen müssen, nicht jetzt. Außerdem bekomme die Beteiligungsverwaltung seit 2008 sämtliche Vorlagen. Man müsse aufpassen, welche Äußerungen in öffentlicher Sitzung getätigt würden. Dies könne schnell geschäftsschädigend werden.

OB Fettback verweist die weiteren Beratungen zum Haushaltsplan in die Fachausschüsse. Die Stellungnahmen der Verwaltung zu den Anträgen der Fraktionen würden am Donnerstag bzw. am Freitag an die Fraktionen herausgehen.

Der Punkt Neubau eines Gemeinschaftshauses im Ortsteil Rißegg mit Kindergarten wird vorgezogen.

Dem Gemeinderat liegen die Drucksache Nr. 184/2010 sowie die Ergänzungsvorlage Nr. 184/2010 – 1, die dieser Niederschrift als **Anlage 1 und 2** beigefügt sind, zur Beschlussfassung vor.

BM Kuhlmann berichtet, dass der Bauausschuss in seiner nichtöffentlichen Vorberatung abweichend vom Verwaltungsvorschlag eine Ausweitung der Planung beschlossen habe. Aus diesem Grund gebe es eine Ergänzungsvorlage. Der Bauausschuss wolle bewusst beide Optionen, also eine gemeinsame Lösung und eine getrennte Unterbringung von Gemeinschaftshaus und Kindergarten offenhalten.

OB Fettback betont, dass es dabei nur um die Standortfrage gehe.

StR Abele dankt für die einführenden Worte. Er fasst zusammen, dass der Kindergarten St. Gallus nicht sanierungsfähig sei. Eine Lösung für den Kindergarten habe Priorität vor dem Gemeindehaus. Der Ortschaftsrat habe vorgeschlagen, Kindergarten und Gemeindehaus zusammenzulegen, man habe jedoch kein Problem damit, die beiden Themen zu trennen. Man stimme der Standortuntersuchung zu. Wichtig sei das Einbringen in eine zeitliche Schiene.

StRin Kübler bekräftigt, dass der Kindergarten erste Priorität habe. Nach dem heutigen Stand bevorzuge man den Standort 2, da das Bildungshaus den Eltern entgegenkäme. Man stimme der Ergänzungsvorlage zu, was aber keine Verzögerung für den Kindergarten bedeuten dürfe.

StR Zügel zeigt sich erfreut, dass beide Optionen offen blieben, da sich die Fraktion nicht schlüssig sei, was für Rißegg die richtige Lösung sei. Man treffe die Entscheidung emotionslos, unter Berücksichtigung der Kosten und Folgekosten.

StR Weber hält beide Standorte für vorstellbar. Man stehe erst am Anfang der Entscheidung.

StR Braig hält es für wichtig, dass die Diskussion ergebnisoffen bleibe. Der Kindergarten sei eine Pflichtaufgabe.

OV Meier begründet, dass der Ortschaftsrat den Standort 1 zunächst bevorzugt habe, da man sich Synergieeffekte erhoffe und sich nicht verzetteln wolle. Man sei jedoch mit der Änderung durch den Bauausschuss einverstanden.

Es folgt die Abstimmung. Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Als Standort für den Neubau eines Kindergartens werden die Fläche 1 an der Vogelbeerstraße, direkt an der Zufahrt zum Bischof-Sproll-Bildungszentrum (gemeinsame Lösung) und die**

Fläche 2 im Dirk-Raudies-Weg südlich der Grundschule (getrennte Unterbringung) näher untersucht.

2. Die übrigen Flächen können verkauft werden.

Dem Gemeinderat liegen die Drucksachen Nr. 193/2010 und Nr. 193/2010 – 1, die dieser Niederschrift als **Anlage 1 und 2** beigelegt sind, zur Beschlussfassung vor.

BM Kuhlmann beschreibt die Planungsvarianten A und B für die Sporthalle anhand der ausgeteilten Pläne in groben Zügen. Durch die umlaufende Galerie sei die Variante A die großzügigere Lösung, während Variante B wesentlich kompakter organisiert sei. Eine Ebene tiefer zeige sich der Unterschied im Stiefelgang, der bei Variante A alle Umkleieräume und die einzelnen Hallenteile zugänglich mache. Bei Variante B sei dies nur über Treppen möglich. Über diesen Stiefelgang sei im Bauausschuss länger diskutiert worden. Ein weiterer Punkt sei die Durchgangshöhe auf der Galerie, wo in Variante B alle 7 Meter ein Träger die Durchgangshöhe auf 2,10 Meter reduziere. Dies halte man für vertretbar. Aus dem Bauausschuss habe man den Prüfungsauftrag mitgenommen, für die Variante B die Möglichkeit eines zusätzlichen kostengünstigen Stiefelganges zu untersuchen.

BM Kuhlmann betont, dass die Variante B keine Billigversion sei, sondern man eine tolle 4-teilige Sporthalle erhalte. Lediglich das I-Tüpfelchen fehle, wobei man bei 425 000 Euro Mehrkosten abwägen müsse, ob dieses wirklich nötig sei.

StR Abele bekräftigt, dass beide Varianten Luxus seien und sich nur in Nuancen unterschieden. Es sei eine Freude, überhaupt solche Themen besprechen zu dürfen. Die Vor- und Nachteile seien von der Verwaltung gut dargestellt worden. Für ihn stelle jedoch der Stiefelgang ein K.o.-Kriterium dar. Er appelliere an die Verwaltung, einen solchen Stiefelgang zu kreieren, eventuell schmaler.

StR Keil erinnert, dass man das Thema Großsporthalle jahrelang vor sich hergeschoben habe. Jetzt bekomme man eine Schulsportthalle, die auch die Funktion einer Großsporthalle erfüllen solle. Da man unter Zeitdruck sei, könne die eine oder andere Idee nicht weiter verfolgt werden. Unter dem Aspekt der Aufsicht müsse dem Stiefelgang jedoch mehr Beachtung geschenkt werden. Er fordere die Verwaltung auf, nocheinmal über die Pläne zu gehen. Die Situation sei ernst. Dies sei die letzte große Halle, die auf Jahre hinaus in Biberach gebaut werde. Das Thema Durchgangshöhe sei teilweise auch eine optische Bewertung. Man hätte sich hier 20 bis 30 Zentimeter mehr gewünscht, könne aber mit der Entscheidung leben.

StR Rieger äußert für seine Fraktion volle Zustimmung zum Beschlussantrag. Die Variante B werde aus Kostengründen bevorzugt. Der Nachteil des fehlenden Zuganges könne vielleicht auch ein Vorteil sein, indem ein unkontrollierter Zugang erschwert werde.

StR Weber bringt zum Ausdruck, dass die Biberacher sich über eine tolle Halle freuen können. Der Stiefelgang sei absolut wünschenswert und für bestimmte Veranstaltungen auch notwendig. Andererseits sei eine halbe Million viel Geld und deshalb abzuwägen. Persönlich werde er vermutlich der Variante B zustimmen.

StR Braig sieht sich in einer verkehrten Welt. Ein zusätzlicher Stiefelgang sei es nicht wert, den Kubus aufzublähen.

StR Hagel hält fest, dass man eigentlich in einer schönen Situation sei. Der Knackpunkt sei der Turnschuhgang. In einer Sporthalle stehe Funktionalität über allem. In Variante B sei ein zusätzlicher Gang nicht ohne Mehrkosten zu machen. Somit stehe man wieder bei Variante A. Er und Frau Drews hätten durch verschiedene Vorschläge bereits große Einsparungen möglich gemacht. Die Variante B weise deutliche Nachteile auf. Teilweise sei die Raumhöhe unterhalb des Standards. Mit Variante B käme man nicht einmal annähernd an die Funktion einer Großsporthalle heran. Dies gelinge nur mit Lösung A.

BM Kuhlmann wirft ein, dass die niedrigen Höhen lediglich Umkleide- und Duschräume betreffe. Um Missverständnissen vorzubeugen erläutert er, dass man selbstverständlich nicht über die Treppen müsse, um in die Hallen zu gelangen.

StRin Drews spricht sich eindeutig für Lösung A aus. In der ersten Planung habe es zwei Flure gegeben, was nicht notwendig sei. Man wolle jedoch zwingend einen Flur. So könne ein Lehrer nach Unterrichtsende an allen Umkleideräumen vorbeigehen und kontrollieren. Wenn er über drei Treppenhäuser müsse, werde er dies niemals tun. Man habe auch überlegt, Durchgänge zwischen den einzelnen Umkleidekabinen zu schaffen. Dies gehe jedoch aus Platzgründen nicht, aber auch, weil z. B. männliche Lehrer nicht durch Mädchenumkleideräume gehen dürften. Nicht zumutbar sei, wenn man durch Hallenteile gehen müsse, in denen Unterricht stattfindet. Die Zeit, Zwischenwände hochzulassen, habe man ebenfalls nicht. Sie kritisiert, dass es keine Stellungnahme der Schulen und Vereine zu den Planungsvorschlägen gebe.

StR Zügel bringt vor, dass die Planer und damit auch die Verwaltung ein Problem habe, wenn der Lösungsvorschlag B nicht funktioniere, wie dies StRin Drews dargelegt habe.

BM Kuhlmann antwortet, dass die Erschließung der Halle und der Umkleiden gegeben sei. Manches sei nicht optimal, aber aus Sicht der Verwaltung tolerabel. Die Stellungnahmen lägen vor.

EBM Wersch bringt großes Verständnis für die Bedenken von StRin Drews auf, möchte jedoch die Aussagen des Baubürgermeisters unterstreichen. Man lege zwei vergleichbare Qualitäten vor.

StR Späh schlägt vor, die Entscheidung zurückzunehmen und zunächst die Prüfung abzuschließen.

OB Fettback zeigt sich überrascht von der Entwicklung der Diskussion. Offensichtlich fühle man sich nicht wohl bei dieser Entscheidung.

BM Kuhlmann zeigt auf, dass man ein Zeit- und Kostenproblem habe. Vorschlag der Verwaltung sei, sich auf eine Entwurfsplanung festzulegen und hier noch einmal zu prüfen, was möglich sei. Es treffe jedoch zu, dass das Risiko bestehe, dass es keinen zusätzlichen Stiefelgang gebe.

StRin Drews bestätigt, dass man am Umfang der Halle selbst nichts mehr wegnehmen könne. Durch verschiedene Maßnahmen, wie beispielsweise die Trennung von Dusch- und WC-Anlagen, habe man bereits Einsparungen getätigt. Ein noch nicht genanntes Problem sei die Behindertengerechtigkeit. Die Übersichtlichkeit leide nicht nur, sondern sei schlicht unmöglich.

StR Pfender hält das Problem Stiefelgang für gravierend. Er schlägt vor, Variante A zu beschließen und zu prüfen, ob dort Einsparungen möglich seien.

BM Kuhlmann stellt klar, dass die Variante A schon reduziert sei. Eine weitere Einsparung werde nicht mehr funktionieren. Dies gelte prinzipiell auch für B.

StR Pfender erkundigt sich nach den behindertengerechten Zugängen in Variante B.

BM Kuhlmann erklärt, dass Aufzüge vorhanden seien und zwei Umkleiden im Erdgeschoss direkt erreichbar seien. Die anderen seien mit dem Umweg über die Halle zugänglich.

StR Dr. Nuding fragt, ob die schnelle Zugänglichkeit für den Rettungsdienst gegeben sei. Er möchte wissen, ob der Investor für die Kletterhalle an den Architekten gebunden sei.

BM Kuhlmann stellt die Rettungswege dar. Die Kletterhalle sei eine maßgeschneiderte Lösung, deshalb macht es keinen Sinn, dies aus dem Gesamtprojekt herauszulösen.

StR Hagel bestätigt, dass man nach einem ersten Durchgang ernsthafte Kürzungen beschlossen habe. Ihn interessiere die Reaktion der Sportlehrer.

OB Fettback erteilt Herrn Pfab, Schulleiter der Dollinger-Realschule das Wort.

Herr Pfab lässt wissen, dass seitens der Lehrer eine Variante ohne Stiefelgang nicht befürwortet werden könnte.

StR Braig ist der Meinung, dass man einen integrierten Stiefelgang habe. Eine zusätzliche Erschließung sei aus seiner Sicht nicht erforderlich. Man könne den Beschluss neu formulieren, da die Empfehlung des Bauausschusses nicht bindend sei.

StR Hagel verdeutlicht, dass nicht alle Geräte in allen Räumen vorrätig seien, deshalb müsse man durch die Hallen der Kollegen gehen.

StR Funk beantragt getrennte Abstimmung, um zum Ende zu kommen.

OB Fettback hält die Debatte nicht für Zeitvergeudung, vielmehr tue es ihm leid, dass man nicht mehr Zeit habe.

StR Hagel **beantragt**, die Variante A zu beschließen.

OB Fettback stellt den Abänderungsantrag zur Abstimmung. Bei 13 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen erhält dieser Antrag keine Mehrheit und ist somit **abgelehnt**.

Es folgt die Abstimmung über die Bauausschussempfehlung. Dieser wird bei 15 Ja-Stimmen und 13 Gegenstimmen mehrheitlich zugestimmt. Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

- 1. Realisiert wird die Variante B der Sporthalle.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, für diese Variante die Möglichkeit eines zusätzlichen Stiefelgangs (Verteilerflur zu den Umkleiden) zu untersuchen.**
- 3. Der Kostenschätzung für die Variante B wird zugestimmt.**

**TOP 6 Änderung des Bebauungsplans "Bürgerturmstraße" im Vereinfachten
Verfahren nach § 13 BauGB**

187/2010

Dem Gemeinderat liegt die Drucksache Nr. 187/2010, die dieser Niederschrift als **Anlage** beige-
fügt ist, zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

**Für den im Lageplan des Stadtplanungsamtes, Plan Nr. 10-029 vom 20.10.2010 umrandeten Be-
reich wird der Bebauungsplan "Bürgerturmstraße" im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB
geändert.**

Dem Gemeinderat liegt die Drucksache Nr. 164/2010, die dieser Niederschrift als **Anlage** beige-fügt ist, zur Beschlussfassung vor.

StR Weber ist befangen und verlässt den Sitzungstisch.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Für den Wirtschaftsweg Flst. Nr. 1112 der Gemarkung Mettenberg wird gem. § 7 Straßengesetz die Einziehung eingeleitet.

Dem Gemeinderat liegt die Drucksache Nr. 201/2010, die dieser Niederschrift als **Anlage** beige-fügt ist, zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Für die Gemeindeverbindungsstraße Flst. Nr. 2930/1 zwischen dem Ortsteil Bergerhausen und der Mettenberger Straße wird gem. § 7 Straßengesetz ein Teileinziehungsverfahren eingeleitet.

TOP 9 2. Änderung des Flächennutzungsplanes 2020, Billigung und Offenlage 192/2010
gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
Antrag der Gemeinde Eberhardzell auf Aufnahme der gemischten Bau-
fläche "Auenweg" und der Wohnbaufläche "Kappel in den Ände-
rungsentwurf

Dem Gemeinderat liegt die Drucksache Nr. 192/2010, die dieser Niederschrift als **Anlage** beige-fügt ist, zur Beschlussfassung vor.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1) Der Gemeinsame Ausschuss stimmt dem Antrag der Gemeinde Eberhardzell auf Aufnahme der gemischten Baufläche "Auenweg" gemäß Planausschnitt (s. Anlage 2) zu.**
- 2) Der Gemeinsame Ausschuss stimmt dem Antrag der Gemeinde Eberhardzell auf Aufnahme der geplanten Wohnbaufläche "Kappel" gemäß Planausschnitt (s. Anlage 3) zu.**
- 3) Der Gemeinsame Ausschuss billigt den Entwurf zur 2. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) gemäß Plan Nr. 6121, Index 1 vom 27.10.2010 und beschließt die Offenlage der 2. Änderung des Flächennutzungsplans gemäß § 3 Abs. 2 BauGB.**

TOP 10 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Erweiterung Sportanlage Mettenberg"
a) Bericht vom Ergebnis der vorgezogenen Bürgerbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
b) Billigung des Entwurfes

196/2010

Dem Gemeinderat liegt die Drucksache Nr. 196/2010, die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegt ist, zur Beschlussfassung vor.

OB Fettback verweist auf die Beratung im Ortschaftsrat.

OV Krause dankt dem Gemeinderat, dass das Projekt, nachdem es mehrere Jahre in der Pipeline gelegen habe, jetzt auf den Weg gebracht sei. In der Vorberatung sei Umweltschutz ein wichtiges Thema gewesen. StR Josef Weber habe sich hier eingebracht und eine Fläche geopfert. Zusätzlich leiste er einen Beitrag, indem er die Ersatzflächen, die er dafür bekommen habe, als Streuobstwiese anlege. Dazu sei er nicht verpflichtet.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

- **Der aus Bebauungsplan und örtlichen Bauvorschriften bestehende Entwurf "Erweiterung Sportanlage Mettenberg" wird zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB gebilligt. Maßgebend ist der Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 898/81 Index B vom 21.10.2010.**

Gemeinderat, 15.11.2010, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadtrat:	Keil
Schriftführerin:	Stolz
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Kuhlmann